107543

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD - Oslo

Oslo, den 4.8.1942.

Tgb.Nr. 31/42g

Eilt!

Geheim!

A.O.K. Norwegen (1c)
Eing.: - 7. AUG. 1942
Nr.: 3423 / 42g
Anl.

Meldungen aus Norwegen

Nr. 43

A.O.K. Norw. O.Qu./W.G.M.
Tgb. Nr. 2072/42g Anl.: 1
Eing.: - 2. SEP. 1942

L	I	IIa	IIb	III	IV	A. G.P.	W. W.	Kdo. R.

A. O. K. Norwegen Abt. IV a	
Eing.: 3 0. AUG. 1942	
Tgb-Nr.: 3369/42	geh. / ~~g.Kdos~~ Anl.

Vorliegender Bericht ist nur **persönlich** für den Empfänger bestimmt und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen **unüberprüft** übersandt wird.

R 70 / 9

Inhaltsübersicht.

A. – Allgemeine Lage.

a) Stimmung.
Seite: 1 – 2

b) Innerpolitische Entwicklung.
Seite: 3 – 6

B. – Gegner.

a) Allgemeine Widerstandsorganisation.
Seite: 7 – 8

b) Kommunismus, Marxismus, Sabotage.
Seite: 9 – 10

c) Kirche.
Seite: 11 – 14

C. – Lebensgebiete.

a) Nasjonal Samling
Seite: 15 – 19
Germanische SS Norwegen
Seite: 20 – 21

c) Kulturelle Gebiete.
Seite: 22 – 23 Schule und Erziehung
" 24 – 29 Film
" 30 – 31 Bildende Kunst

d) Verwaltung und Recht
Seite: 32 – 34.

e) Wirtschaft. Seite: 35 – 47.

Anlagen.

"Schwedische Presse".
"Durchführung von Arbeitsverpflichtungen, Schwierigkeiten und stimmungsmässige Auswirkungen".

A. - Allgemeine Lage.

a) Stimmung.

Obgleich die anhaltenden deutschen militärischen Erfolge am Südabschnitt der Ostfront weiterhin in gegnerischen Kreisen Anlaß zu besorgten Betrachtungen über die Kriegsaussichten der Alliierten sind, lassen doch aus der Provinz vorliegende Berichte erkennen, daß es wieder einmal großen Teilen der Bevölkerung gelungen ist, auch die neuerlichen Siege der deutschen Wehrmacht sich so zurechtzulegen, daß sie mit einem - allerdings noch länger ausstehenden - Endsieg der Engländer und Amerikaner vereinbar sind. Dabei ist bezeichnend, daß es offenbar weiten Bevölkerungskreisen verhältnismässig leicht fällt, die Sowjetunion als einen ausschlaggebenden Faktor der alliierten Kriegsführung abzuschreiben. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die von deutscher Seite gemeldeten Erfolge der Wehrmacht (Fall von Woroschilowgrad, Rostow und Proletarskaja usw.) sowie die von englischer Seite gemeldeten Menschen- und Materialverluste der Deutschen gut in das Wunschbild bürgerlicher Kreise von einer gegenseitigen Erschöpfung Deutschlands und der Sowjetunion passen. In dieses Bild der militärischen Gesamtsituation fügen sich weiter gut ein die "Tatsache, daß es General Auchinleck gelungen ist, die Offensive Generalfeldmarschall Rommels zum Stehen zu bringen", ferner die "Tatsachen", daß die Japaner offenbar erschöpft sind, daß die englische Luftoffensive ohne wirksamen Widerstand seitens der deutschen Luftwaffe die deutsche Industrie "pulverisiert", daß die deutsche Bevölkerung langsam unter dem Eindruck der englischen Luftangriffe sowie unter der Einwirkung der immer katastrophaler werdenden Versorgungslage die Nerven verliert und daß vor allen Dingen die Kriegsindustrie der USA gewaltige Mengen von Kriegsmaterial herstellt und an die Fronten wirft.

Als ein dunkler Punkt in dieser gesamten Berechnung werden ...

allgemein die Versenkungsziffern der deutschen Unterseebootwaffe empfunden. Die Achtung vor den Unterseebooten ist daher - ähnlich wie der Respekt vor Generalfeldmarschall Rommel - insbesondere in bürgerlichen Kreisen groß.

Auf der anderen Seite ist selbst in denjenigen Kreisen, die vorstehend dargestellte Auffassung von der militärischen Gesamtsituation haben, eine deutlich spürbare Unsicherheit der Meinungsbildung festzustellen. Man befürchtet, daß nach dem deutschen Sieg im Osten, starke Kräfte für den Kampf gegen England und die USA frei werden. Mit besonderer Sorge beurteilt man die Möglichkeiten Deutschlands für eine bessere Rohstoff- (insbesondere Öl-) und Nahrungsmittelversorgung aus dem Osten. Ferner sieht man im Falle der Eroberung des Kaukasus durch die Deutschen die Gefahr, daß sich die Türkei auf die deutsche Seite stellt und damit die englische Position im Nahen Osten endgültig zum Schwanken bringt. Auch wird ganz allgemein die Situation in Nordafrika als unbefriedigend empfunden und die Sorge vor Generalfeldmarschall Rommel ist durchaus noch nicht überwunden.

b) Innerpolitische Entwicklung.

Die zur Zeit herrschende Ferienstimmung sowie die kürzlichen deutschen militärischen Erfolge haben ein gewisses Nachlassen des innerpolitischen Druckes auf die Nasjonal Samling bewirkt.

Aus Drontheim wird berichtet, daß sogar z.Zt. NS-Mitglieder von ihren alten "Jössinger"-Bekannten gegrüßt würden.

Aus bäuerlichen Gebieten wird berichtet, daß der städtische Hamsterer- und Touristenstrom zu einer stärkeren Angleichung der Stimmung der ländlichen Bevölkerung an die der verhetzten Stadtbevölkerung führe. Die auf Erregung des Mitleids der Bauern abzielenden Berichte der städtischen Hamsterer über die Brutalitäten der Deutschen und der NS trügen wesentlich zu einer Versteifung der Haltung der Bauernschaft bei.

Ganz allgemein kann festgestellt werden, daß das Nachlassen des innerpolitischen Druckes auf die Nasjonal Samling darauf zurückzuführen ist, daß das öffentliche Interesse durch andere Dinge - militärische Ereignisse, Urlaub, Heranschaffen von Wintervorräten usw. - in Anspruch genommen wird. An der grundsätzlich gegnerischen Haltung der Bevölkerung hat sich dagegen nach den vorliegenden Berichten nur wenig oder überhaupt nichts geändert.

Die gegnerisch aktiven Kreise sind offenbar weiter bemüht, die Haltung der Bevölkerung für die im Winter zu erwartenden innerpolitischen Auseinandersetzungen weiter zu festigen, auszurichten und vorzubereiten.

So wird zum Beispiel der Elternschaft durch Flugblätter eingeschärft, wie sie sich im Falle der Anforderung ihrer Kinder für den Dienst in der NSUF (Nasjonal Samlings Jugendorganisation) zu verhalten haben, welche Rechte sie dabei für sich in Anspruch nehmen können und mit welchen rechtlichen Mitteln die Gegenseite zu arbeiten wahrscheinlich beabsichtigt.

In derselben Weise wird auf sozialpolitischem Gebiet an der Beeinflussung der Arbeiterschaft in der Frage des Lohnproblems gearbeitet.

Erstmalig wurde nunmehr auch ein Flugblatt erfaßt, das sich speziell an die norwegischen Bauern richtet. Das Flugblatt ist insofern bemerkenswert als es zu erkennen gibt, daß den gegnerischen Kreisen, die an einer Aktivierung des Bauern im politischen Sinne interessiert sind, ein materialler Anlaß zu einer Belebung der gegnerischen Tendenzen der Bauern fehlt. Man macht daher in starkem Maße von der Kritik an den deutschen Gewaltmethoden in der Lehrer- und Kirchenfrage Gebrauch. Diesen Versuchen kommt die verstärkte Einwirkung der städtischen Bevölkerung auf die Bauern zugute, die sich aus dem Touristen- und Hamstererverkehr ergibt. Die Schwierigkeiten der gegnerischen Bauern-Propaganda werden in dem erwähnten Flugblatt wie folgt dargestellt:

"Wie schlecht der Norweger heute in den Städten und deren Umgebung gestellt ist - vielleicht besonders in den grösseren Städten - darüber war sich die ländliche Bevölkerung bisher nicht völlig im klaren. Die Situation ist ja so, daß die Quislinge - um sich oben zu halten - sich besonders der Bauern angenommen und sich am längsten davor gehütet haben, an die Bauern heranzugehen. Sie haben bis jetzt niemandem den Hof weggenommen oder ins Gefängnis geworfen, was in den Städten zur Tagesordnung gehört. Gleichzeitig haben sie in der Preispolitik einige Rücksicht auf die Bauern genommen. Die Folge war gewesen, daß viele Bauern besonders in den Ostgebieten, die zum Teil über das Parteisystem der früheren Jahre besonders in den Gemeinden und über unsoziale Streikbewegungen verärgert waren, nicht einsehen konnten, daß es viel schlimmer geworden ist, als es früher war. Auf jeden Fall haben sie selbst den Schuh nicht so hart drücken gefühlt und haben deswegen zum Teil geglaubt, daß die Beschwerden der anderen Landsleute übertrieben seien.

Nunmehr jedoch - nach dem 1. Februar 1942 - sind aller Augen geöffnet, weil nun die Brutalität auch in den Dörfern in Erscheinung getreten ist. Nun - nachdem die Lehrer in die Konzentrationslager geführt und deportiert sind - nun sieht man klar, was in unserem Lande vorgeht, was es für unvergängliche Werte sind, die auf dem Spiele stehen. Es sind diejenigen, die durch die Bibel und das Grundgesetz repräsentiert sind, den beiden Augäpfeln des norwegischen Volkes..."

Besonders gern arbeitet man in der bäuerlichen Bevölkerung, deren innere Ablehnung des Bolschewismus bekannt ist, mit der Parole, daß zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus eigentlich überhaupt kein Unterschied bestehe. Der Kampf gegen das Christentum - siehe Kirchenkonflikt -, die Anwendung von Gewaltmethoden, Massenverhaftungen, Deportationen usw. - Verhaftung und Verschickung der Lehrer -, die Mißachtung des einzelnen Menschenlebens - die Erschiessungen von Englandfahrern, die Mißachtung des Rechts - Geiselverhaftungen, Beschlagnahmungen usw. - dies alles seien Merkmale, die sowohl für den Nationalsozialismus als auch für den Bolschewismus Geltung hätten.

Gegenüber dieser systematischen Vorbereitung aller Bevölkerungskreise auf die kommenden innerpolitischen Auseinandersetzungen hält die Nasjonal Samling weiterhin an der Forderung nach Wiederherstellung der staatlichen Souveränität Norwegens als dem einzigen Mittel zu einer wirksamen Gegenpropaganda fest. Aus der Provinz eingehende Berichte lassen erkennen, daß die anfänglich nur in den führenden Regierungs- und Parteikreisen betriebene Diskussion über den Vorfrieden nunmehr in zunehmendem Masse in die breiteren Parteikreise getragen wird. So wird z.B. aus Fredrikstad und aus Oslo berichtet, daß im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die Feier des Tages der Machtübernahme der Nasjonal Samling am 25. September Gerüchte im Umlauf sind, wonach Quisling an diesem Tage zum Staatspräsidenten ausgerufen werden soll.

In einem Bericht aus Stavanger heißt es, daß die Nasjonal Samling seit der Bildung der norwegischen Regierung am 1.2.1942, von der man sich damals sehr viel erhofft habe, noch um

keinen Deut in dem Ansehen der Bevölkerung gestiegen sei, wie von NS-Seite selbst resigniert eingestanden werde. Hierzu erkläre man nunmehr in Kreisen der NS Stavangers, daß die Regierungsbildung vom 1.2.1942 nur dann einen wirklichen Sinn gehabt hätte, wenn diesem Ereignis die völlige Machtübernahme - d.h. also die Beseitigung der deutschen Zivilverwaltung - gefolgt wäre. Vielfach könne man, so heißt es in dem Bericht weiter, in der NS die Meinung hören, daß die Beauftragung Quislings mit der Bildung einer Regierung das unausgesprochene Versprechen enthalten habe, daß Norwegen in nächster Zukunft wieder souverän werde. Dieses Versprechen sei von den Deutschen nicht gehalten worden und damit sei nicht nur der Wert der Regierungsbildung hinfällig geworden, sondern man habe auch damit die NS, die ja bereits vor und auch nach dem 1. Februar mit der Ablösung der deutschen Zivilverwaltung in der Öffentlichkeit agitierte, in nicht wieder gutzumachender Weise bloßgestellt. Ein Parteimitglied äußerte sich über die Frage des Friedens zwischen Deutschland und Norwegen wie folgt: "Die Deutschen haben uns in eine verzweifelte Situation gebracht. Sie haben die Macht im Lande und verlangen, daß wir erst die Mehrheit des Volkes hinter uns haben, bevor sie uns die Macht einräumen. Das Volk aber wird erst an die Richtigkeit unseres Weges glauben und zu uns kommen, wenn wir tatsächlich die Macht besitzen und wenigstens die deutschen Zivilbehörden das Land verlassen haben."

Die Folge dieser Überlegungen sei, so heißt es in dem Bericht aus Stavanger weiter, innerhalb der Nasjonal Samling eine steigende Deutschfeindlichkeit.

In dem Bericht aus Stavanger heißt es wörtlich:
"So findet man heute in der NS die aggressivste Einstellung gegen Deutschland, während man aus Kreisen der Bevölkerung, die die NS ablehnt, immer wieder die Äußerung hören kann: "Es ist uns lieber, die Okkupationsmacht übt die Gewalt aus als die NS". Dies entspringt weniger einer deutschfreundlichen Einstellung als vielmehr dem formalen Denken des Norwegers, der sich damit abfinden kann, daß das besiegte Land besetzt und von dem Sieger verwaltet wird, nicht aber damit, daß ein kleiner Teil des norwegischen Volkes sich diesem Sieger gegenüber als Vertreter der Nation aufspielt und sich von ihm beauftragen läßt, die Regierungsgewalt in seinem Sinne und gegen das Volk auszuüben."

B . - . G e g n e r .

a) Allgemeine Widerstandsbewegung.

In der Berichtszeit waren zunächst besondere Widerstandsfälle nicht zu verzeichnen. Die Ferienzeit brachte eine zeitweilige Verminderung der gegnerischen Arbeit mit sich. Einige kleinere Vorgänge wegen Beleidigung von Reichsdeutschen, Wehrmachtsangehörigen und Angehörigen der NS ereigneten sich hauptsächlich infolge Trunkenheit.

Wie stark im Grunde aber der Widerstandswillen eines großen Teils der norwegischen Bevölkerung noch immer ist und wie sehr auch aus England kommende Parolen befolgt werden, ergaben die Demonstrationen anläßlich des 70. Geburtstages des ehemaligen norwegischen Königs am 3. August. Aus England war die norwegische Bevölkerung aufgefordert worden, an diesem Tage dadurch zu demonstrieren und ihre Sympathie für das ehemalige norwegische Königshaus zu bekunden, daß sie möglichst zahlreich mit Blumen an den Kleidern in den Straßen erscheinen sollte.

Viele der in den Vormittagsstunden des 3. 8. auf den Strassen gehenden Personen trugen in Oslo und den meisten Städten des Landes Blumen an den Kleidern, insbesondere Frauen. Durch einen Großeinsatz der deutschen und norwegischen Polizei wurden in Oslo ungefähr 275 Demonstranten, darunter 130 Frauen, festgenommen. Außerdem wurden bei zahlreichen Frauen die Personalien festgestellt.

Ebenso wurden in Drontheim 53, in Bergen 82, Kristiansand 50, Lillehammer 8 und Larvik 70 Festnahmen aus diesem Anlaß durchgeführt.

Auffallend ist, daß sich in der gegnerischen Hochburg Stavanger niemand beteiligte.

Die Demonstrationen hatten allgemein keinen ernsthaften Charakter. Im Hinblick auf diese Vorfälle ist die endgültige Einziehung der sichergestellten Rundfunkgeräte in den Orten verfügt worden, in denen es zu Demonstrationen kam.

Sprengstoffdiebstähle nahmen in der Berichtszeit etwas zu. In einem Falle war bemerkenswert, daß holländische Staatsangehörige, die als Frontarbeiter bei der Organisation Todt auf einem Flugplatz in Südnorwegen tätig waren, durch Vermittlung eines norwegischen Sprengmeisters 100 Sprengkapseln, 9 Geomitpatronen und Zündschnur stahlen und sie an einer geeigneten Stelle in der Nähe eines Flusses verbargen. Gegen die Beschuldigten wird ein Strafverfahren vor dem SS- und Polizeigericht eingeleitet.

Immer wieder werden Jagdwaffen in unberechtigtem Besitz von Norwegern festgestellt. Daneben aber auch nach wie vor Kriegswaffen in Verstecken aufgefunden. So wurden auf dem Grundstück eines Norwegers ein englisches Maschinengewehr, eine englische Panzerabwehrkanone und mehrere Gewehre gefunden, die der Norweger nach dem Rückzug der Engländer aus Norwegen aufgefunden und seitdem verborgen gehalten hatte. Der Vorgang wurde an das SS- und Polizeigericht abgegeben.

[illegible]

Werden vorläufig noch als Beweisstücke bei der Gerichtsverhandlung gebraucht. Nach Abschluß der Verhandlung werden sie übernommen. Auslieferungsantrag liegt beim Bef. d. Sicherheitspolizei vor.

[illegible] 5/9.

b) Kommunismus, Marxismus, Sabotage.

Die Ermittlungen gegen die kommunistische Spionage-, Terror- und Sendegruppe in Norwegen werden nach wie vor mit Erfolg durchgeführt. In der Berichtszeit wurden ein norwegischer Eisenbahner und dessen Ehefrau festgenommen, die beide einen illegalen Sender Nachrichten geliefert hatten. Weitere Festnahmen sind in Kürze zu erwarten.

Die Durchsuchung eines von der norwegischen Grenzpolizei an der Grenze abgefangenen Norwegers, der illegal aus Schweden gekommen war und einen Rucksack mit ungefähr 25 kg Hetzschriften bei sich führte, ergab, in welchen Umfange die illegale Propaganda in Norwegen von Schweden aus gelenkt wird und führte zu der interessanten Feststellung, daß nicht nur Propagandaschriften zur Stärkung des norwegischen Widerstandes, sondern von den gleichen Vermittlungsstellen in Schweden Schriften zur Zersetzung der deutschen Wehrmacht aus-gegeben werden. Der an der Grenze festgenommene Norweger war im vorigen Jahr nach Schweden geflüchtet, da ihm von der Hird seines Wohnortes wegen seines feindseligen Verhaltens Prügel angedroht worden waren. In Schweden war er zunächst in ein Flüchtlingslager gekommen, wurde aber dann bald auf freien Fuß gesetzt und lebte in Göteborg von Gelegenheitsarbeiten und einer Unterstützung von Kr. 65.- im Monat. Im Auftrage des Leiters des norwegischen Flüchtlingsheims in Göteborg, Erling O r v e , sollte er folgendes Propagandamaterial nach Lilleström bringen:

34 kleine Grammophonplatten mit der Rede des norwegischen Königs zum 17.Mai 1942 und einer Rede des Londoner norwegischen Außenministers Trygve L i e ,

10 Grammophonplatten mit einer Rede von Anthony E d e n an das norwegische Volk,

ungefähr 1 5oo Stück Kleindruckzeitschriften "Das freie Norwegen" Nr. 4 und 6,

ungefähr 100 Stück Nr. 5 und 7 von Mai 1942,

1 Paket Schmähschriften mit dem Titel "Handschlag" und den Untertitel "Begebenheiten und Unterrichtung für Norweger",

1 Paket Kleindruck der Wochenausgabe der "Times" von 3.6.42,

1 Paket der in London hergestellten "Norsk Tidend" vom 13.6.1942,

Mehrere tausend Klebezettel "Es kommt der Tag", darstellend ein Hakenkreuz am Galgen,

1000 Klebezettel mit Lichtbildern exekutierter Norweger und den Titel "Freundschaft, Friede, Freiheit",

ungefähr 50 "Flugblätter der Gegenwart" in deutscher Sprache, gezeichnet: Deutsche Freiheitspartei. Dieses Flugblatt ist an die in Urlaub fahrenden deutschen Soldaten gerichtet und versucht zu zersetzen.
Nach Vollendung seines Auftrages sollte der nunmehr festgenommene Norweger wieder illegal nach Schweden zurückgehen.

Nachdem die wichtigsten Sabotagegruppen vor einiger Zeit zersprengt worden sind, scheinen sich jetzt einige Reste dieser Gruppen wieder zu neuer Tätigkeit zusammengefunden zu haben. Am 17.7.1942 wurde zum erstenmal wieder ein Sabotageanschlag in Oslo verübt, bei dem mit den gleichen Methoden vorgegangen wurde, wie bei den Anschlägen auf den Ost- und Westbahnhof in Oslo, die Munitionsfabrik in Sinsen usw. Der Anschlag sollte vermutlich einem Wehrmachtslager in der Stockholmsgate in Oslo gelten, wo Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände für die Truppe lagern. Wohl infolge eines Irrtums wurde der Anschlag auf eine mechanische Werkstätte verübt, die sich etwa 60 m Luftlinie von dem Wehrmachtslager entfernt in einer Parallelstraße an der gleichen Stelle befindet. Es fuhr ein Personalkraftwagen mit einem angehängten schwedischen Generator vor, dem einige Männer entstiegen, welche 5 mit Petroleum und Schwefelsäure gefüllte, außen mit Chlorkali und Zucker präparierte Flaschen durch die Fensterscheibe in die Werkstatt warfen. Ferner warfen sie ein mit Sprengstoff gefülltes Stahlrohr, 6 cm Durchmesser und 30 cm lang, in das über der Werkstätte gelegene Büro. Der entstandene Brand wurde rasch gelöscht.

„Altmeister Himmelpfeffer"

Rücksprache 1.9.42 Akten

c) Kirche.

Die vorübergehende Ruhe auf kirchenpolitischem Gebiet während der ersten Julihälfte wurde durch die Gründung einer "Vorläufigen Kirchenleitung" unterbrochen.

Die Drohung der kirchlichen Opposition, daß durch die Ordination der Bischöfe die Tür zu Verhandlungen zwischen Kirchendepartement und Geistlichkeit zugeschlagen würde, wurde durch die Gründung der "Vorläufigen Kirchenleitung" insofern wahr gemacht, als dadurch ein neues Führungsorgan geschaffen wurde, das den Widerstand gegen das Kirchendepartement bewußt organisiert.

In einer Zusammenkunft der abgesetzten Bischöfe und der führenden Männer von "Kristen Samraad" wurde die Gründung einer "Vorläufigen Kirchenleitung" beschlossen und durchgeführt. Ihr gehören an: Die abgesetzten Bischöfe B e r g g r a v (mit Pfarrer Hygen als Stellvertreter), M a r o n i und H i l l e, Professor H a l l e s b y, Ludvig H o p e und Pfarrer W i s l ö f f.

Die "Vorläufige Kirchenleitung" hat zwei Schreiben an die Pfarrer, Gemeinderäte und Gemeinden des Landesggeschickt, in denen sie die Gründung bekannt gibt, die Entwicklung der Auseinandersetzung zwischen der norwegischen Regierung und der kirchlichen Opposition darstellt und der Opposition Anweisungen über ihr künftiges Verhalten erteilt. In Punkt 1) werden die angeblichen Übergriffe des Staates auf kirchlichem Gebiet (Stellung des Rundfunks unter Aufsicht des Kirchendepartements, Aufhebung der Schweigepflicht der Pfarrer, Verordnung über den Jugenddienst, Absetzung Fjellbus, Ordination von Laien, Behandlung Berggravs) geschildert. Im zweiten Absatz wird erklärt, daß die Kirche trotz Anwendung staatlicher Machtmittel einen großen Sieg errungen und trotz aller Verfolgung auftragsgemäß das Wort Gottes verkündet habe. Zu diesem inneren Sieg sei ein äusserer Sieg insofern gekommen, als von den 738 Pfarrern des Landes 90% ihre Ämter niedergelegt hätten.

Verhandlungen mit ihnen könnten nur mit Berggrav an der Spitze stattfinden. Im dritten Punkt wird festgestellt, daß das"Ziel des Kampfes" nicht die Gründung einer Neuorganisation (Freikirche), sondern ein Kampf für das "innerste Wesen und das kostbarste Recht der Kirche, Gottes Wort zu verkünden und ihr Leben im Staate zu leben" sei. - Im vierten Punkt gibt die "Vorläufige Kirchenleitung" bereits bestimmte Anweisungen. So sollen die Gemeinderäte, Pfarrer, Pröpste, Bischöfe, ganz gleich, ob sie zurückgetreten oder abgesetzt sind, ihre Ämter und Aufgaben in der früheren Weise wieder aufnehmen, wobei die Geistlichen trotz des ausdrücklichen Verbots des Kirchendepartements das Recht auf Titel und Amtstracht hätten, doch nur die Handlungen durchführen sollten, die ein Nicht-Staatsbeamter innerhalb der Kirche erledigen könne. Zum Schluß wird die Pfarrerschaft zur Einheit und zum Zusammenhalt aufgerufen und Gott für die bisher erwiesene Gnade gedankt.

Das Kirchendepartement wurde von der Gründung der "Vorläufigen Kirchenleitung" überhaupt nicht in Kenntnis gesetzt. Dagegen ist bemerkenswert, daß der Londoner Sender bereits einen Tag nach der Kanzelverlesung, die von der vorläufigen Kirchenleitung abgefaßte Erklärung in seiner Sendung am 27. Juli über die Gründung einer Vorläufigen Kirchenleitung und den Inhalt dieser Erklärung berichtete. Expeditionschef F e y l i n g wurde am Sonnabend vor der geplanten Kanzelverlesung der beiden Schreiben unterrichtet. Er fertigte darauf einen Entwurf zur Regelung der kirchlichen Situation, den er an den anläßlich des Olsok-Tages auswärts weilenden Ministerpräsidenten und Kirchenminister sandte.

Im ersten Teil des Entwurfes nimmt Expeditionschef Feyling zu dem Rundschreiben und der Darlegung der kirchlichen Lage durch die Opposition Stellung und erklärte, daß die Gründung einer "Vorläufigen Kirchenleitung" neben dem staatlichen Kirchendepartement eine gegen die augenblickliche Staatsleitung gerichtete Aufruhrhandlung sei. Nach dem Grundgesetz und der kirchlichen Gesetzgebung sei die norwegische Kirche eine Staatskirche. Die von den abgesetzten Bischöfen beschlossene Auflösung des

Verhältnisses zwischen Staat und Kirche sei ungesetzlich. Es sei ein Versuch, die NS zu treffen, wenn man in der Darlegung erkläre, daß man der Besatzungsmacht gegenüber loyal eingestellt sei, daß aber die Kirche den Kampf gegen "die augenblickliche Staatsleitung" aufnehmen müsse.

In dem 2. Teil seines Entwurfes regte Expeditionschef Feyling folgende Maßnahmen an:

1.) Feststellung, daß die Verantwortung für die Aufruhrhandlung bei der Bischofsversammlung und der "Vorläufigen Kirchenleitung" liegt,
2.) Veröffentlichung der Illegalität der Auflösung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche,
3.) Vorschlag der Auflösung,
4.) Wegnahme der Amtstracht bei unbefugtem Tragen,
5.) Neuwahl der Gemeinderäte,
6.) Behandlung einer evtl. gegründeten Freikirche als Sekte,
7.) Übernahme der standesamtlichen Funktionen durch das Innendepartement.

Nach Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten beabsichtigt Minister Skancke die Auflösung der "Vorläufigen Kirchenleitung" und des "Kirkens Samraad". Durch Neuwahl der Gemeindekirchenräte soll der staatliche Einfluß verstärkt werden. Der ehemalige Dompropst H y g e n soll durch Einweisung in ein Altershaus ausgeschaltet, Professor Hallesby, der Vorsitzende der "Vorläufigen Kirchenleitung" festgenommen werden. - Die standesamtlichen Funktionen werden von zivilen Dienststellen übernommen.

Grundsätzlich ist Minister S k a n c k e zu keinerlei Zugeständnissen bereit.

Inzwischen ist der ehemalige Dompropst H y g e n von der norwegischen Staatspolizei über das Zustandekommen und den Zweck einer "Vorläufigen Kirchenleitung" vernommen worden. Dabei war Hygen bestrebt, die Gründung der "Vorläufigen Kirchenleitung" als eine auf indirekte Initiative Skanckes erfolgte Handlung hinzustellen. Minister Skancke habe ihn

seinerzeit bei einer Rücksprache gefragt, ob er überhaupt eine Vollmacht zu Verhandlungen und Rundschreiben im Namen der Pfarrerschaft besitze. Infolgedessen habe er in einer Sitzung des "Kirken Samraad" den Vorschlag gemacht, die Verhandlungen durch Schaffung eines "Mundes der Kirche" zu ermöglichen. Die Absicht bei der Gründung der "Vorläufigen Kirchenleitung" sei auf eine Beruhigung und Beilegung des Kirchenkonfliktes gerichtet gewesen.

C. - L e b e n s g e b i e t e .

a) Nasjonal Samling.

Das außerordentlich geringe Interesse, das man in NS-Kreisen aufgrund der augenblicklichen Urlaubszeit politischen Vorgängen entgegenbringt, und die häufig noch anzutreffende pessimistische Stimmung wirkten sich in einer nur schwachen Tätigkeit der Partei und ihrer Gliederungen aus.

Diskussionen über innerpolitische Probleme, die bisher meistens ihren Ausgang von führenden Parteikreisen nahmen, sind in breiteren Mitgliederkreisen in geringerem Maße festzustellen. Lediglich die Aufstellung der Germanischen SS hat zu lebhafteren Stellungnahmen veranlaßt. Im Zusammenhang mit der Aufstellung der Germanischen SS ist bemerkenswert, daß Minister Fuglesang, der von einer Deutschlandreise, die er auf eine Einladung des Reichsführers-SS hin unternahm, zurückkehrte, sich über seine Eindrücke in jeder Hinsicht positiv äußerte.

Bei Gesprächen mit NS-Mitgliedern wurde die Feststellung gemacht, daß man die Germanische SS als "Werbeorganisation für die Waffen-SS" bezeichnen will.

Die angeblich verlangte Überweisung von 500 Hirdangehörigen in die Germanische SS wird als erste Maßnahme zur Einberufung für den Fronteinsatz bezeichnet. Diese Einberufungen, so wird betont, seien für die NS nicht tragbar und müßten daher eine ungünstige Auswirkung haben. Aus der ebenfalls offen geäußerten Auffassung, daß es sich bei der Germanischen SS um eine getarnte "Werbestelle für die Ostfront" handele, geht die zurückhaltende, mitunter negative Einstellung zur Werbung für die Legion und Waffen-SS hervor.

Selbst in NS-Kreisen, im besonderen aber bei Angehörigen der Legion wird wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß es den Anschein habe, als werde die Werbung innerhalb der NS irgendwie sabotiert und die Legion dazu benützt, um unangenehme Mitglieder, bei denen es sich in der Hauptsache um

Aktivisten mit betont deutschfreundlicher Einstellung handele, unter dem Vorwand "nationaler Pflichterfüllung" abzuschieben.

In dem Briefe eines Bergener Legionärs von der Ostfront heißt es u.a.:

"...In diesen Tagen hatten wir Besuch von F u g l e s a n g. Ich hatte Gelegenheit, ihn zu sprechen. Gleichzeitig bekamen wir einen Bericht über die Verhältnisse an der Heimatfront. Es verhält sich ja so, daß man jetzt mit allen Mitteln versucht, mehr Leute für die Legion zu werben. Es ist enttäuschend zu sehen, wie klein die Zahl derer ist, die sich freiwillig in die Legion melden, - trotz der vielen Aufrufe des Förers - von denen der eine dringender ist als der andere. Bitter ist auch zu wissen, daß Sabotage immer noch gegen die Werbung - bewußt oder unbewußt - getrieben wird. Ich denke hierbei auch an unseren "Hirdführer" Waage. Wir hier draussen werden unsere Pflicht tun und wir werden so lange an unserer Stelle bleiben, wie es der Förer will. Ab und zu scheint es zu schwer zu sein für so wenige, wie wir es sind, die Bürden zu teilen und nach und nach kommen ja auch Löcher in unsere Reihen, die wieder aufgefüllt werden müßten....."

Einen bemerkenswerten Einblick in die augenblickliche Stimmung innerhalb der NS, die Parteiarbeit und die Einstellung einzelner Mitglieder zu den von der NS in der letzten Zeit mit ausgelösten innerpolitischen Problemen, gibt eine am 16.7.1942 in Bergen durchgeführte Vertrauensmänner-Versammlung.

Kst. Bischof Z w i l g m e y e r sprach zunächst über die aktuelle Situation in der Kirche, streifte die Spannung zwischen Kirche und Staat und erklärte dann, zum Drontheimer Konflikt als Ausgangspunkt des Kirchenstreites kommend, daß man die Verbitterung der NS gegen den von den pro-englischen Kirchenkreisen damals organisierten Protestgottesdienst verstehen müsse, daß er jedoch persönlich der Auffassung sei, daß die NS in Drontheim den am selben Tag durchgeführten NS-Gottesdienst hätte unterlassen müssen. Zwilgmeyer erklärte dann wörtlich, "daß es jetzt nichts nütze, darüber zu klagen, aber manchmal sei es verstimmend, zu sehen, welche unglaublichen Dummheiten gemacht würden."

Der staatliche Schuldirektor B a k k e , der in dieser NS-Vertrauensmänner-Versammlung zur Lage im Schulwesen sprach, äußerte seine Unzufriedenheit über den Verlauf des Lehrerkonfliktes, "weil auch hier die NS eine ganze Reihe von Fehlern begangen hätte, die besser unterblieben wären." Den beiden Vorträgen schloß sich eine Ansprache an, die zu einer heftigen Kritik der Maßnahmen des Kirchen- und Schuldepartements sowie der Partei führte.

Die Veranstaltungen der NS gehen aufgrund des mangelnden Interesses über kleinere Rahmen nicht hinaus. Es handelt sich meistens um Vertrauensmännertreffen in der Provinz, kleinere Zusammenkünfte der Mitglieder, die, wie aus den Berichten hervor geht, mehr den Charakter von Kritikabenden tragen. Von ausgesprochen werbender Arbeit ist in der letzten Zeit nichts zu bemerken. In den Berichten heißt es, daß man den Eindruck eines gewissen Stillstandes der NS-Propaganda gewinne.

In Stavanger wurde aus Anlaß des Geburtstages Quislings eine Hafsfjordtagung und Vertrauensmännertreffen der NS veranstaltet.

Die Rede, mit der sich Minister L i p p e s t a d bei der öffentlichen Versammlung anläßlich dieser Tagung u.a. an die Gegner wandte, unterschied sich von den Reden anderer führender NS-Persönlichkeiten und vor allem denen Quislings durch einen sehr versöhnlichen Ton dem Gegner gegenüber. Er appellierte an die Solidarität des norwegischen Volkes im Streben nach der Selbständigkeit und bei der Überwindung der Schwierigkeiten. Wörtlich erklärte er u.a.:

> "Es macht doch einen lächerlichen Eindruck, wenn gesagt wird, man könne sich mit der Besatzungsmacht aber nicht mit der NS abfinden, oder man dulde die NS aber nicht den Führer der Partei. Für uns NS-Leute sind dies sinnlose Reden. Für uns ist die Bewegung gleichbedeutend mit dem Förer."

Die Tagung wurde durch einen Festgottesdienst in der Domkirche abgeschlossen. Bischof K v a s n e s , der bei diesem erstmalig von der NS dort veranstalteten Festgottesdienst sprach, betonte seine Freude darüber, daß sich die NS entschlossen habe, die große Zusammenkunft durch einen Gottesdienst zu beenden.

Dies zeige, daß die Bewegung die Worte des Christentums und der Kirche anerkenne. Die NS könne sich nicht grosser Stimmenzahl rühmen, denn das Programm sei nicht so geschaffen, daß man damit Stimmen "fischen" könne. Es sei aber ein gutes und wahres Programm und seine Grundlagen sowie der Inhalt seien norwegisch und national und nicht international.

Die Rede Quislings anläßlich des Stiklestad-Treffens zeigt ähnlich wie die des Borre-Treffens sehr optimistische Tendenzen und zum Unterschied von der Rede des Ministers Lippestad in Stavanger eine Kampfansage gegenüber dem Gegner. Quisling erklärte u.a.:

> "Man soll nicht von demokratischer Mehrheit sprechen. Hier bei Stiklestad stand auch keine Mehrzahl auf der Seite Olaf Haraldsons ....
>
> .... Die gegen uns arbeiten, werden von einer Furcht befallen werden. Diese wird solcher Art sein, daß sie immer der fühlt, der das Schlechte will.
>
> Lehrer und andere Elemente, die gegen uns sind, werden diese Furcht zu kosten bekommen. Sie sprechen von reinem Gewissen. Seht Euch aber ihre Gesichter an. Legen die Zeugnis eines reinen Gewissens ab? .....
> Nasjonal Samling als Bewegung ist heute so stark wie es notwendig ist, das Land zu regieren. Wir haben die Macht auf allen Lebensgebieten und alle Schlüsselstellungen sind mit unseren Leuten besetzt. Die Durchsetzung des norwegischen Volkes macht täglich Fortschritte. Ich möchte den sehen, der diesen Prozeß ernstlich aufhalten will."

Anläßlich dieses Treffens fand ebenfalls ein Festgottesdienst statt, der jedoch in den Pressereferaten nicht besonders erwähnt wird. Die in der NS-Presse gebrachten Bilder über das Stiklestad-Treffen zeigen u.a. Quisling auf dem Gang zum Gottesdienst, beim Begrüssen des Bischofs L o t h e , beim Betreten der Kirche zusammen mit dem Bischof und beim Verlassen der Kirche nach dem Gottesdienst.

Zahlenmässig zeigt die _Entwicklung der NS_ in der letzten Zeit eine Verlangsamung, teilweise einen Stillstand an. Insbesondere an der Westküste und im südlichen Teil Norwegens ist der Zugang an neuen Mitgliedern gering. In einzelnen Gebieten ist ein ausgesprochener Stillstand zu verzeichnen. Aus den in einem Bericht angeführten Verhältniszahlen geht hervor, daß

weite Gebiete von der Organisation der NS nur ganz schwach und mitunter überhaupt nicht erfaßt sind. Die Mitglieder des neugebildeten Großfylkes Rogaland Aust- und Vest Agder betragen einschließlich der Jugend 1,1 % der Bevölkerung. Der Durchschnittshundertsatz in den ländlichen Gebieten ist bedeutend niedriger. Der Durchschnitt von 1,1 % für das gesamte Fylkesgebiet wird durch höhere Mitgliederzahlen in den Städten erreicht. Verschiedene entlegenere Landgebiete werden, wie aus den Bericht hervorgeht, propagandistisch nach wie vor vernachlässigt. In einen Kreis mit ungefähr 8000 Einwohnern befinden sich z.B. insgesamt 14 NS-Mitglieder, darunter kein Angehöriger der NSUF. In Sörlandet ist das Verhältnis ähnlich. In Kreis Mandal gehören in einigen Bezirken mit insgesamt 7500 Einwohnern ~~mit~~ 9 der NS an.

Während an der Westküste der Anteil der Arbeiter, Bauern und Seeleute verhältnismässig gering ist, ist der Anteil dem Arbeiter in Südnorwegen (Telemark) stärker. Der Zugang ist jedoch auch hier gering. Die Jugend weist in diesem Gebiet gegenüber dem letzten Monat überhaupt keine Zugänge auf.

Germanische SS Norwegen.

Am 21.7.1942 wurde von Quisling eine Parteiverordnung unterzeichnet, die die Richtlinien für die Germanske SS Norge enthält. Es ist hervorzuheben, daß hiernach nicht nur Mitglieder der Nasjonal Samling in die Germanske SS Norge aufgenommen werden können, sondern auch norwegische Staatsbürger, die mindestens 1 Jahr in der Waffen-SS oder der Norwegischen Legion gedient haben, oder die die allgemeinen Aufnahmebedingungen erfüllen und deren Aufnahme durch das Generalsekretariat der Partei genehmigt worden ist.

Durch die Veröffentlichung dieser Parteiverordnung und das gleichzeitige Erscheinen der Zeitung "Germaneren" als Organ der Germanske SS Norge, ist die SS wieder in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Es werden die verschiedensten Mutmassungen - häufig mit einer negativen Kritik verbunden - an diese Umbenennung geknüpft. So besteht bei den jüngeren Mitgliedern der NS wenig Neigung zum Eintritt in die SS, weil ganz allgemein angenommen wird, daß die Aktivierung der Arbeit der füheren Norges SS unter dem Namen "Germanske SS Norge" lediglich dazu dienen soll, neue Freiwillige für die Legion zu werben. Man weist dabei auf verschiedene Umstände hin, so u.a. darauf, daß kurz nach der Gründung von Norges SS die ersten Mitglieder zu einer militärischen Ausbildung nach Kongsberg zusammengezogen und dann unter Anwendung von mehr oder weniger Druck in die Waffen-SS gezwungen worden seien. Ferner will man einen Zusammenhang zwischen manchen Äußerungen in dem Bericht Minister Fuglesangs über seinen Frontbesuch und der als Neugründung empfundenen Umbenennung von Norges-SS in Germanske SS Norge erblicken. Minister Fuglesang habe an der Front den Legionären erklärt, sie würden nun bald abgelöst werden. Um dieses Versprechen halten zu können, solle offenbar die Arbeit der Germanske SS aktiviert werden.

Diese Zurückhaltung gegenüber Germanske SS wird noch durch grundsätzliche Bedenken hinsichtlich einer neuen organisatorischen Bindung vertieft. So wird in Hird-Kreisen erklärt, daß man nach den Erfahrungen mit dem inhaltlosen Hird-Dienst erst

einmal warten wolle, was nun in der Germanske SS geschehen werde. Die Frage nach den Tagesaufgaben der Germanske SS wird daher sehr häufig gestellt. Die in der neuen Zeitschrift "Germaneren" enthaltenen Aufsätze zu diesem Thema werden weitgehend als unbefriedigend empfunden.

Eine Reihe von erfaßten Äußerungen lassen weiter erkennen, daß der Artikel von Minister Jonas Lie, in dem besonders gegen die Befürchtung der "Verdeutschung" der norwegischen SS-Männer Stellung genommen wird, größtenteils als befriedigende Aufklärung aufgenommen wird. Anklang hat gerade in breiten NS-Kreisen auch der scharfe Artikel gegen die Freimaurer gefunden.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß man in NS- und insbesondere in Hirdkreisen bei augenblicklich starker Zurückhaltung mit fühlbarem Interesse der zukünftigen Arbeit der Germanske SS entgegensieht. Wenn es gelingen sollte, eine den norwegischen Verhältnissen entsprechende und straffe wehrsportliche Ausbildung ingangzusetzen, sowie eine dem allgemein sehr starken Bedürfnis nach weltanschaulicher Ausrichtung und Aussprache genügende Schulung durchzuführen, so dürfte mit einer weiteren starken Anteilnahme für die Arbeit und Ziele der Germanske SS zu rechnen sein.

c) Kulturelle Gebiete.

Schule und Erziehung.

Die relative Ruhe auf dem Gebiete der Schule und der Erziehung, über die in den letzten "Meldungen aus Norwegen" berichtet werden konnte, hat auch während der Berichtszeit die Lage bestimmt. Die Annahme, dass sie ihren Grund hauptsächlich in den Sommerferien hat und am ehesten als ein vorübergehender "Waffenstillstand" zu deuten ist, wird durch Meldungen aus allen Teilen des Landes erhärtet. Neuerlich bekannt gewordene Äusserungen aus gegnerisch eingestellten Kreisen lassen mit Bestimmtheit erwarten, dass die Spannungen zwischen Teilen der Erzieherschaft und dem Kirchen- und Schuldepartement und der Kampf gegen Norges Laerersamband nach Beendigung der Ferien im Herbst wieder aufleben werden.

Einer der Ansatzpunkte für die Opposition dürfte die Tatsache sein, dass nach dem Plane des Departements während der Ferien eine Reihe von Rektorenstellen mit der NS angehörenden Lehreren besetzt werden soll und z.T. schon besetzt worden sind. So wird aus Bergen berichtet, dass die von Seiten des Fylkingsleiters des Laerersamband, Bing, in Zusammenarbeit mit dem staatlichen Schuldirektor Bakke dort bereits durchgeführte Einsetzung von NS-Lehrern als Rektoren für sämtliche höheren Schulen in der Lehrerschaft starke Kritik hervorgerufen habe. Aus einzelnen Berichten über vertraulich bekanntgewordene Gespräche von Schülern, bei der die zukünftige Haltung der Schüler bei Wiederaufnahme des Schulunterrichtes nach den Sommerferien eifrig diskutiert wurde, geht hervor, dass man schon heute mit dem Gedanken eines allgemeinen Schülerstreikes spielt, der an allen höheren Schulen proklamiert werden soll, deren bisherige Rektoren bis dahin durch NS-Mitglieder abgelöst werden. Derartige Äusserungen wurden u.a. aus Haugesund, Kopervik, Odda, Voss und dem Stadtbezirk Bergen gemeldet. Es darf angenommen werden, dass auch in anderen Teilen des Landes Neubesetzungen von Rektorenstellen eine ähnliche Reaktion auslösen werden.

Aus Lehrerkreisen sind ähnlich scharfe Äusserungen in dieser Richtung bisher nicht bekannt geworden. Dass die organisierte Agitation auch während der Schulferien nicht gänzlich aufgehört hat, ist daraus zu ersehen, dass die Versendung illegaler Rundschreiben in gewissem Umfang weiterbetrieben wird. In einem dieser Schreiben werden die Lehrer aufgefordert, die Instruktionskurse für Lehrer in Gymnastik und Schwimmen sowie den verschiedenen Orts anlaufenden Jugenddienst zu sabotieren. Weiter heisst es im gleichen Schreiben, dass keinerlei Vertretungen für die in Nordnorwegen zu körperlicher Arbeitsleistung eingesetzten Lehrer übernommen werden sollen. Unmittelbare negative Auswirkungen sind aufgrund der durch die Ferien bedingten augenblicklichen Verhältnisse nicht festzustellen.

In einer von Molde am 19.7.42 abgesandten, im Vervielfältigungsverfahren hergestellten Schrift werden die Lehrer angewiesen, die Gehaltszahlungen nur als Abschlagszahlungen auf das Jahresgehalt 1941/42 zu quittieren und keine Monatsangaben zu machen, sodass formell der Anspruch auf das einbehaltene Gehalt vom 7.3. - 1.5.42 aufrecht erhalten wird. Die Ermittlungen nach den Herstellern und Verbreitern der illegalen Rundschreiben sind im Gange.

Im Lensmann-Bezirk Aasnes wurden 10 Lehrer festgenommen, die trotz ihrer Mitgliedschaft zum Laerersamband an einen grösseren Kreis illegale Rundschreiben weitergegeben hatten.

Nach einem Bericht aus Drontheim wird in letzter Zeit wiederholt bemängelt, dass über die Verwendung der Lehrerschule in Volda noch nicht entschieden wurde. Die alten Lehrkräfte befänden sich noch immer im Ort und die schlechte Stimmung der Bevölkerung sei zu einem wesentlichen Teil auf ihre Einwirkung zurückzuführen. Als besonders gegnerisch seien der ohne Pension entlassene Rektor Kristvik und die Lektoren Kvalheim, Eiken und Gautestad allgemein bekannt. Im Sinne der Schaffung günstiger Verhältnisse müsse gefordert werden, dass wenigstens K r i s t v i k und G a u t e s t a d aus dem Fylke ausgewiesen werden. Geeignete Massnahmen werden in Zusammenarbeit zwischen der Dienststelle des Kommandeurs der Sipo und des SD und dem dortigen Vertreter des Reichskommissars vorbereitet.

F i l m

Der Anteil der deutschen Spielfilme im Programm der norwegischen Kinos sowie ihre Aufnahme beim Publikum ist weiter sehr ungleichmässig und verschiedenartig. In den während der Sommerspielzeit in Betrieb gehaltenen 8 kommunalen Osloer Lichtspielhäusern liefen in der letzten Zeit nur zwei deutsche Filme wöchentlich. Ebenso wurden in 5 Bergener Kinos nur zwei deutsche Filme wöchentlich gespielt. Noch geringer war der Anteil der deutschen Filme bei dem seit Ende Mai 1942 wieder in Betrieb genommenen Kino in Molde, wo sich unter den bisher gespielten 21 Filmen nur ein deutscher und ein deutsch-italinischer befanden (neben 10 schwedischen, 5 norwegischen, 2 französischen, 1 dänischen und 1 spanischen). Andererseits finden sich wieder Fälle, wo der deutsche Film im Programm stark überwiegt. In Kristiansand z.B. wurden in den letzten beiden Monaten von insgesamt 28 Filmen allein 16 deutsche aufgeführt (neben 4 schwedischen, 3 norwegischen, 2 französischen, 2 ungariachen und einem finnischen).

Besonderen Erfolg unter den deutschen Filmen haben auch weiterhin "Kora Terry", "Auf Wiedersehen, Franziska" sowie "Die Reise nach Tilsit" und "Die letzte Runde". Die beiden letzten Filme hatten in Kristiansand sogar höhere norwegische als deutsche Besucherziffern zu verzeichnen. Der seit kurzer Zeit in Oslo laufende Film "Nixi auf Abwegen" (Originaltitel "Viel Lärm um Nixi", mit Jenny Jugo und Albert Matterstok) findet dagegen nur wenig Anklang. Er erfuhr auch eine allgemein schlechte Kritik bei der Osloer Presse (einschliesslich der "Deutschen Zeitung in Norwegen"). Der deutsch-italienische Film "Alkazar" wurde mit Interesse aufgenommen und scheint auch eine gewisse propagandistische Wirkung gehabt zu haben, obwohl in einigen Fällen - wie aus Drontheim berichtet wird - ein Teil des gegnerisch eingestellten Publikums den Kinoraum vorzeitig verliess, um nicht die Bilder vom schliesslichen

Sieg

Sieg der nationalen Verteidiger ansehen zu müssen. Bei einigen ernsten Szenen dieses Filmes, z.B. bei dem gemeinsamen Gebet der Alkazar-Besatzung mit dem Priester wurde gelacht und auch die Szene, in der die auf der Festung befindlichen Kinder zum Gebet niederknien, löste Lachsalven aus.

Ähnlich instinktlos verhält sich ein Teil des Publikums bei dem zurzeit inOslo gespielten ungarischen Film "Die Flamme" (Langok), wo ebenfalls bei einzelnen dramatischen Punkten des Films gelacht wird. Dies hat schliesslich den Anlass zu einem eingesandten Zeitungsartikel "Kinokultur" (in "Aftenposten" vom 13.7.42) gegeben, in dem gegen das taktlose Verhalten gewisser Kinobesucher Stellung genommen wurde. Der sehr romantisch betonte italienische Film "Liebe" findet dagegen schon seit Wochen ein dankbares Publikum.

Unter den ausländischen Filmen übt sonst der schwedische Film die stärkste Anziehungskraft auf das norwegische Publikum aus. In der kommenden Zeit wird jedoch auch der dänische Film im norwegischen Kinoprogramm stärker hervortreten, entsprechend der vom Staatlichen Filmdirektorat angestrebten erweiterten Zusammenarbeit zwischen dem dänischen und norwegischen Film. So hat Filmdirektor Leif Sinding bei seinem letzten Besuch in Kopenhagen in Verhandlungen mit den dänischen Filmgesellschaften Aasa und Palladium 6 dänische Filme für die kommende Herbstsaison eingekauft. Darunter befinden sich übrigens der Film "Wienerkind" mit dem Halbjuden Max Hansen und der Film "Entgleist" (Afsporet), der in Schweden verboten wurde. "Norsk Kinoblad", das Organ des Filmdirektorats, schreibt in seiner letzten Ausgabe (Nr. 4) hierzu folgendes:

> " ...... Den grössten künstlerischen Erfolg, den der dänische Film jemals errang, hat der Film "Afsporet" gehabt. ..... Das Milieu des Filmes ist ziemlich dunkel und es ist eine kräftige Kost, die der Film bietet. Er wurde auch in Schweden von der schwedischen Zensur verboten. Wie es hier gehen wird, lässt sich noch nicht sagen, aber es steht zu hoffen, dass der Film durch die Zensur hindurchschlüpft. ....."

Zum Max-Hansen-Film heisst es:

Max

"..... Max Hansen ist ja die sicherste Karte, die ein Kinoleiter seinem Publikum bringen kann, und wir können versichern, dass es auch dieses Mal keine Enttäuschung wird. ....."

Als Gegenleistung hat man von dänischer Seite norwegische Filme ("Die Wehrlosen" und "Liebe und Freundschaft") gekauft, bezw. für den Ankauf vorgesehen (z.B. "Der verschwundene Wurstmacher", "Ich tötete" und "Trysil-Knut"). Ebenso sind die Manuskripte einiger norwegischer Filme (Törres Snörtevold", "Hansen und Hansen" und "Das gefährliche Spiel") zur Neueinspielung in dänischer Fassung erworben worden.

Die Tatsache der Verwendung norwegischer Filmmanuskripte und norwegischer Themen durch die ausländische Filmproduktion scheint von einem Teil des filminteressierten norwegischen Publikums nicht gern gesehen zu werden, wie aus zwei Artikeln des gegen die jetzige staatliche Filmleitung oppositionell eingestellten "Filmjournalen" (Nr. 16) hervorgeht. In dem einen Artikel, in dem die Verfilmung des Lebens Rikard Nordraaks, des Komponisten der norwegischen Nationalhymne gefordert wird, heisst es u.a.:

"Nun haben die Deutschen die Idee zu einem Edvard Grieg-Film aufgegriffen. Die Dänen haben einen Tordenskjold-Film gedreht. Sind es nicht beides zwei Filme, die wir hier in Norwegen gedreht haben müssten? Sollten wir nicht versuchen, evtl. ausländischen Filmgesellschaften zuvorzukommen und selbst einen Film über Rikard Nordraak schaffen? ......"

Die Frage der <u>Wochenschauen</u> hat noch keine endgültig befriedigende Lösung gefunden. Die norwegische Wochenschau steckt qualitativ noch in einem Anfangstadium und wird auch von der grossen Masse des norwegischen Publikums wegen der starken NS-Propaganda abgelehnt. Die neue norwegische Wochenschau (Nr. 35) wurde von der Osloer Kritik ebenso wie die vorhergehende schlecht besprochen und teilweise als " zu zahm und zu schlapp in der Komposition" bezeichnet. Die deutsche Ufa-(Auslands-)Wochenschau mit norwegisch gesprochenem Text wird vom Publikum im allgemeinen mit starkem Interesse verfolgt. Auch die noch vor kurzer Zeit stark kritisierte

norwegische Besprechung der deutschen Wochenschau wird jetzt als wesentlich besser bezeichnet. Andererseits werden immer wieder Fälle gemeldet, die - z.T. durch örtliche Verhältnisse bedingt - eine ablehnende Haltung gegnerisch eingestellter Kinobesucher gegenüber der Wochenschau erkennen lassen. So wurde in den Bergener Kinos, die vor dem Hauptfilm ausser der Wochenschau auch ein musikalisches Vorprogramm haben, bisher die Wochenschau vor den Musikdarbietungen gezeigt. Daher kamen viele Kinobesucher erst während des Konzertes in den Saal, um nicht die Wochenschau mit ansehen zu müssen. Es wurde daraufhin angeordnet, dass die Wochenschau unmittelbar vor dem Hauptfilm gezeigt wird. Nun schlugen die betreffenden Kinobesucher eine neue Taktik ein, sie verliessen beim Beginn der Wochenschau nach und nach den Saal, um die Toiletten aufzusuchen und erst allmählich vor dem Hauptfilm wieder im Saal zu erscheinen. - Nunmehr ist eine Schliessung der Saaltüren während der Wochenschau vorgesehen, falls die durch das ständige Kommen und Gehen bedingte Störung nicht aufhört.

Ganz allgemein besteht nach wie vor ein erheblicher Mangel an Wochenschauen, besonders auf dem Lande, wo viele Kinos oft erst nach Wochen oder Monaten eine Wochenschau erhalten.

Der ausserordentlich starke Andrang zum Osloer Wehrmachtskino (im Samfundshuset) und die Tatsache, dass viele Soldaten besonders zur Abendvorstellung oft keine Plätze mehr bekommen konnten, hat die massgeblichen deutschen Stellen dazu veranlasst, das "Verdensteatret" zur Verwendung als zweites Wehrmachtskino zu beschlagnahmen. Dieses begann seinen Betrieb am 1. August und hat einen wöchentlichen Programmwechsel. Auch das alte Wehrmachtskino, das bisher zwei Filme wöchentlich brachte, hat nun ebenfalls den ganz-wöchigen Spielplan eingeführt. Die Errichtung eines zweiten Wehrmachtskinos in Oslo wird von den Soldaten ebenso dankbar begrüsst wie auf norwegischer Seite die Beschlagnahme des "Verdensteatret" beklagt wird. Das 1932/35 gebaute

"Verdensteatret"

" Verdensteatret" gehört der Volkstheaterorganisation (A/S Folketeatret, gegründet 1919) und war ursprünglich als Theaterunternehmen geplant.

Am 3. August haben auch die Osloer kommunalen Kinos, von denen während der Sommerpause nur 8 geöffnet waren, ihren Spielbetrieb wieder voll aufgenommen. Im Programm der jetzt spielenden 15 kommunalen Kinos befinden sich 6 deutsche Filme, womit man dem ursprünglich angestrebten Verhältnis von 50 v. H. deutscher Filme wieder etwas näher kommt.

Der Kampf zwischen den Vertretern des alten kommunalen Kinosystems und der jetzigen staatlichen Filmführung (Leif Sinding), die eine Beseitigung des kommunalen Systems zu Gunsten des Privatbetriebes wünscht, hat aus einem besonderen Anlass eine gewisse Verschärfung erfahren. Prof. Klaus H a n s e n , der im kommunalen Kinowesen (Kommunenes Filmcentral A/S) führend tätig ist, hat als Herausgeber der "Norsk-Tysk Tidsskrift" (Organ der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft) in der jetzt erschienenen Nummer 3 dieser Zeitschrift einen Artikel "Eigennutz und Gemeinnutz" veröffentlicht, der von den Kreisen des Filmdirektorats als zwar versteckter aber doch eindeutig gegen Sinding gerichteter persönlicher Angriff angesehen wird.

Es heisst dort u.a.:

> " ..... Einer der aufregendsten Fälle der marxistischen Zeit war jener, der ans Licht brachte, dass ein Leiter der städtischen Lichtspielhäuser persönlich an einem Filmverleih beteiligt war. Nun lehnten alle Teile diesen Zustand gleichmässig ab, sodass der Betreffende seine Stellung aufgeben musste. Der Verlauf dieses Falles ist übrigens bezeichnend für die Vorteile der bei uns durchgeführten gemeindlichen Verwaltung der Lichtspielhäuser. Sie war unsere beste Gewähr gegen Auswüchse und Bestechlichkeit. Die gemeindliche Verwaltung der Lichtspielhäuser ist nämlich kraft ihres Wesens gemeinschaftsfreundlich und steht jedem Versuch, öffentliche Einrichtungen zum Vorteil eigener Belange auszunützen, feindlich gegenüber.
> Bei jedem Umschwung droht gar zu natürlich die Gefahr, dass sich Männer in leitende Stellungen drängen, deren Appetit in umgekehrtem Verhältnis zu ihren Fähigkeiten

und

und ihrem Willen steht, sich in einer das Gemeine fördernden Art einzusetzen. Wenn neue Grenzen abgesteckt und alte Zäune verlegt werden müssen, wird ein Ochse immer die Gelegenheit zu einem Seitensprung in die grüne Wiese finden, um seine durch lange Jahre karger Fütterung erweckte Fressgier zu stillen. ...."

Der vorliegende Artikel stellt im wesentlichen die Antwort eines NS-Mitgliedes auf den in der letzten Nummer der "Deutschen Monatshefte in Norwegen" veröffentlichten Aufsatz Sindings (vergl. letzten Lagebericht Nr. 42 vom 15. Juli) dar, worin das kommunale Kinosystem als marxistisch gebrandmarkt wurde.

Bildende Kunst.

Während die Kunstausstellungen wesentliche Wandlungen des in früheren "Meldungen aus Norwegen" geschilderten allgemeinen Standes der norwegischen Malerei nicht erkennen lassen, die zur Zeit in "Kunstforeningen" offene Sommerausstellung bei einer leistungsmässigen Durchschnittlichkeit bestenfalls eine gewisse Mässigung der vertretenen Künstler andeutet, hat in Tagespresse und Zeitschrift die Diskussion über Wesen und Aufgaben der Kunst in letzter Zeit eine erstaunliche Lebhaftigkeit angenommen und weist eine Reihe ernster Versuche zu eindeutigen Klarstellungen auf.

"Fritt Folk" wendet sich am 23.7.1942 mit scharfen Worten gegen das Treiben des "wilden Kunsthandels", und Arild Jadar versucht in "Hirdmannen" (Nr. 26 vom 11.7.42) unter dem Thema "Die Kunst im neuen Norwegen" die negative Entwicklung der bildenden Kunst des Landes in den letzten Jahren mit ihren auflösenden Tendenzen zu charakterisieren und ihr die Aufgaben gegenüberzustellen, die ein neues, nationalsozialistisches Norwegen seinen Künstlern stelle.

Die Zeitschrift "R a g n a r o k" räumt der Behandlung von Fragen der Kunst den grösseren Teil ihrer Julinummer ein. Von nicht weniger als 5 Aufsätzen verdienen die von Professor Arnold Waldschmidt, Kristen Gundelach und Sören Onsager besondere Aufmerksamkeit. Sowohl G u n d e l a c h als auch O n s a g e r beschäftigen sich eingehend mit der "Kunst und ihrer Entartung". Beide schildern die vorherrschende Kunst der letzten Jahrzehnte als Ausdruck eines für jüdisches Wesen bezeichnenden Mangels an Ordnungsansprüchen. Onsager stellt diesen Entartungstendenzen den Reinigungsprozess gegenüber, der die Entwicklung in Deutschland nach 1933 kennzeichne.

W a l d s c h m i d t lässt dem vielumstrittenen Werk Gustav V i g e l a n d s eine im einzelnen belegte Würdigung zuteil werden, die in eine Huldigung für Vigeland als einen der grossen norwegischen Traditionsträger ausmündet, die die Ver=

bindung mit den grossen Kulturen von Setesdalen und Gudbrandsdalen gefunden hätten und mit ihrer nordischen Naturkraft als Angelpunkte einer seelischen Spannung darge= stellt werden, die von der Wikingerzeit bis zu unseren Tagen herüberreiche.

Diese scharfe Parteinahme einer deutschen Simme für Vigelands Kunst, die in weitesten norwegischen Kreisen seit langem mit aussergewöhnlicher Heftigkeit diskutiert wird, dürfte von politisch zweifelhafter Seite in ähnlicher Weise ausgenutzt werden, wie dies früher beispielsweise anlässlich einer Ver= öffentlichung der "Deutschen Zeitung in Norwegen" über die norwegischen Sprachenfrage geschehen ist. Gegen die Zweck= mässigkeit einer Veröffentlichung derartiger deutscher Urteile ergeben sich deshalb im gegenwärtigen Zeitpunkt aus propagan= distischen Gründen Bedenken. Dies trifft für den vorliegenden Fall umso mehr zu, als der Artikel auf Veranlassung des Pressedirektorates von den Osloer Tageszeitungen übernommen wurde, wodurch in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen kann, dass es sich um eine von offizieller deutscher Seite stammender Ansicht handelt.

Nach Osloer Meldungen hat ein Aufsatz "Nordeuropäische Kunst" von Franz Linde, der am 23.7.42 in der "Deutschen Zeitung in Norwegen"erschien, bei kunstinteressierten Norwegern starke Beachtung gefunden. Man soll sich in positiv eingestellten Kreisen gewundert haben, dass Edvard M u n c h durch einen deutschen Besprecher eine so positive Würdigung gefunden habe, da man bisher meinte, dass das neue Deutschland für Munch nicht mehr viel übrig hat. Befremdet soll man darüber sein, dass "der internationalistisch ausgerichtete Maler S ö r e n s e n", der zudem als politischer Gegner bekannt sei, von dem deutschen Verfasser zu den positiven Kräften in der norwegischen Malerei gezählt werde.

d.) Verwaltung und Recht:

Auf dem Sektor Verwaltung und Recht kann seit einigen Wochen eine fast völlige Ruhe festgestellt werden, die durch die seit Anfang Juli eingetretene allgemeine Urlaubszeit bedingt ist. Unter den Rechtsanwälten sind zur Zeit keinerlei Anzeichen bemerkbar, die auf einen neuerlichen Widerstand gegenüber der Neuorganisation des Advokatenverbandes schliessen liessen. Nach Aussagen einiger Rechtsanwälte sei jedoch die Diskussion über diese Fragen nur verschoben worden und dürfte im September d.J. wieder akut werden.

Justizminister R i i s n a e s benützt die derzeitige "Innerpolitische Ruhepause", um eine Vortragsreise in Mittel- und Nordnorwegen durchzuführen. Nach einem hier vorliegenden Bericht aus Drontheim kann die Rede des Ministers, die er am 15.7.1942 auf dem Drontheimer Marktplatz hielt, als eine der besten politischen Kundgebungen der letzten Zeit bezeichnet werden. Es sei dem Justizminister gelungen, in überzeugender Form die bolschewistische Gefahr für den norwegischen und gesamtskandinavischen Raum aufzuzeigen. Besonders der Hinweis, dass die germanischen Völker nicht für sich allein in der Welt leben könnten und auch die 15 Millionen Menschen des Nordens nicht ausreichen würden, um diesen Gefahren zu begegnen, habe einen überzeugenden Eindruck auf grössere Teile der Drontheimer Bevölkerung gemacht.

Aus dem Rechtsleben :

Neben den Fragen, die mit der obligatorischen Mitgliedschaft zum Anwaltsverband und dessen zukünftigen Aufgaben zusammenhängen, werden im Kreisen von loyal eingestellten Juristen, immer wieder die gleichen Probleme diskutiert: die deutschen Kriegsgerichtsurteile, das Geiselprinzip und die Arbeit verschiedener neuer Institutionen, wobei hier anscheinend besonders intensiv die Tätigkeit des norwegischen Volksgerichtes beobachtet wird.

Hinsichtlich der Kriegsgerichtsurteile wird immer wieder die angebliche Härte der deutschen Urteile hervorgehoben, über deren Auffassung und Auswirkung innerhalb der norwegischen Bevölkerung an dieser Stelle schon mehrfach hingewiesen wurde. Im Zusammenhang mit den in der letzten Zeit

notwendig gewordenen politisch-polizeilichen Massnahmen stehen die erfolgten Geiselfestnahmen im Vordergrund des Interesses. In allen hier vorliegenden Stellungnahmen wird norwegischerseits immer wieder darauf hingewiesen, dass Norwegen ein kriegsunerfahrenes Land sei, da es seit dem Jahre 1814 von allen kriegerischen Auseinandersetzungen verschont geblieben ist. Gleichzeitig wird betont, dass sich in Norwegen aufgrund der vierhundert jahrelangen dänischen Herrschaft ein sehr empfindliches National- und Rechtsgefühl herausgebildet habe. Dieses allgemeine Rechtsgefühl sei jedoch kein Hindernis für die Entwicklung eines stark individualistisch ausgerichteten Einzeldenkens. Es sei deshalb bei jedem Norweger derselbe gewissermassen tief empfundene Gedankengang festzustellen, wonach der Grad der Schuld in jedem Falle der Ausgangspunkt für die Strafbarkeit einer Handlung sein müsste. Nach der Darstellung dieser norwegischen Kreise müsse die Tatsache betont werden, dass diese Gedankengänge nicht nur bei juristisch Vorgebildeten anzutreffen seien, sondern ganz allgemein die Auffassung eines jeden Norwegers darstelle. In diesem Zusammenhang werden - wie auch aus Bergen berichtet wird - immer noch die deutschen Massnahmen auf der Insel Tellevaag besprochen. Das Niederbrennen eines Hauses bedeute mehr als nur die Zerstörung materieller Werte. Neben der Vernichtung eines Arbeitsergebnisses von Generationen sei besonders die Tatsache zu berücksichtigen, dass das Heim für den Norweger ein Heiligtum darstelle.

Wie schon mehrmals hervorgehoben, wird die Institution des norwegischen Volksgerichtes immer wieder in negativer Weise beurteilt. Dieses Gericht müsse als ein Sondergericht bezeichnet werden, da es einerseits nur von NS-Richtern besetzt und andererseits der Machtbereich dieses Gerichtes von dem Gutachten und der Stellungnahme der Anklagebehörde abhängig sei. Ein derartiges Sondergericht für Strafsachen habe früher nicht bestanden, weshalb auch die allgemeine Auffassung der breiten Masse dahingehe, dass das Volksgericht ein Parteigericht darstelle, das als ein Organ der NS Recht spreche und dessen Gerichtstätigkeit lediglich den Zweck verfolge, die Arbeit der nationalsozialistischen Bewegung zu fördern. Die Stellungnahmen zu den Urteilen des Volksgerichtes sind völlig unterschiedlich.

Im allgemeinen besteht die Meinung, dass die Strafen einen bedeutend härteren Charakter aufweisen, als dies bei den übrigen norwegischen Strafgerichten bisher der Fall war.

Die deutschen Kriegsgerichte in Norwegen verurteilten im zweiten Quartal 1942 329 Norweger, während die Anzahl im ersten Quartal 4o5 betrug. Das Absinken der Verurteilungen ist nicht auf eine Verminderung des Widerstandes und der Kriminalität,sondern in erster Linie auf die ausgeweitete Zuständigkeit des SS- und Polizeigerichts zurückzuführen. Von den 329 verurteilten Norwegern erhielten 9 die Todesstrafe. 7 Todesurteile wurden vollstreckt, in zwei Fällen erfolgten Begnadigungen. Diese haben sich, soweit sie bekannt geworden sind, günstig ausgewirkt. Von deutschfreundlichen Norwegern wird betont, dass man vielfach ein ganz falsches Bild bekomme, wenn von deutscher Seite auf die Vollstreckungen von Todesurteilen mit Nachdruck hingewiesen würde, während die Presse über erfolgte Begnadigungen vielfach garnichts brächte. Dadurch entstünde bei der Bevölkerung der falsche Eindruck, dass Deutschland in Norwegen "mit Gewalt alles machen" wolle. Die öffentliche Bekanntmachung von Begnadigungen würde sicherlich nicht als Zeichen deutscher Schwäche ausgelegt werden, da jeder Norweger von der militärischen Stärke Deutschlands überzeugt sei. Es sei auch nicht zu befürchten, dass die abschreckende Wirkung der Todesstrafen durch die öffentliche Bekanntmachung erfolgter Begnadigungen beeinträchtigt werden würde. Gerade dann, wenn im norwegischen Volke der Eindruck erweckt würde, Deutschland wolle in Norwegen alles mit Gewalt machen, müsse man damit rechnen, dass die Norweger sich aus Trotz leichter zu Straftaten gegen Deutschland und deutsche Interessen hinreissen liessen.

Am 14.5.1942 stürzte bei Soervaer ein deutsches Flugzeug ab, wobei die Mannschaft tödlich verunglückte. 2o Norweger machten sich bei dieser Gelegenheit wegen Leichenfledderei und Diebstahl strafbar. U.a. wurden Pistolen, Waffen und Munition entwendet. Einem tödlich verunglückten Offizier wurden die Stiefel in Diebstahlsabsicht ausgezogen. Das Kriegsgericht verhängte gegen die 2o Norweger sehr empfindliche Strafen, nämlich insgesamt 4o Jahre 7 Monate Zuchthaus und rund 6 1/2 Jahre Gefängnis. Die Haupttäter wurden zu Zuchthausstrafen von 1o, 8 und 6 Jahren verurteilt.

e) Wirtschaft

Ernährungswirtschaft
Versorgungslage

Die Versorgungslage ist gegenüber den Vormonaten unverändert. Sie ist an einigen Stellen durch eine geringere Belieferung des Marktes mit Fischen sogar noch schwieriger geworden, wie beispielsweise aus Bergen und Fredrikstad berichtet wird.

Die Presseankündigung, nach der in nächster Zeit Einmachzucker zusätzlich zur Verteilung kommen soll, ist in der Bevölkerung allgemein begrüsst worden, wobei jedoch immer wieder hervorgehoben wird, dass im regulären Handel Beeren, Obst oder Gemüse kaum zu haben ist.

Brennholzversorgung

Aus verschiedenen Teilen Norwegens wird berichtet, dass für die Brennholzversorgung für den kommenden Winter grösste Schwierigkeiten befürchtet werden. So soll im Gebiet von Fredrikstad von dem vorgesehenen Verteilungskontingent von 175 ooo favn erst die Hälfte geschlagen worden sein. Nach einem Bericht aus Drontheim besteht durch den Mangel an Arbeitskräften und infolge der schon weit vorgeschrittenen Jahreszeit die Gefahr, dass der erforderliche Holzeinschlag bis zum Einbruch des Winters nicht durchgeführt werden kann. In den "Meldungen aus Norwegen" vom 26.4.42 wurde darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung in Drontheim durch die Presse darauf vorbereitet wurde, dass sie fast ausschliesslich selbst für die Deckung ihres Brennholzbedarfes für den nächsten Winter zu sorgen habe und aufgefordert, sich freiwillig beim Arbeitsamt zum Holzfällen zu melden. Dieser Aufruf hatte einen äusserst guten Erfolg. Es meldeten sich mehrere tausend Personen zum freiwilligen Holzeinschlag, doch gelangte nur ein sehr kleiner Teil zum Einsatz, was auf das Versagen des Drontheimer Versorgungsamtes zurückzuführen sein soll.

Dem Versorgungsamt wird vorgeworfen, dass es den Einsatz der freiwilligen Helfer nicht genügend vorbereitet habe. Durch das Arbeitsamt werden nunmehr Arbeiter für den Holzeinschlag dienstverpflichtet, wobei die Absicht besteht, verschiedene nicht unbedingt lebenswichtige Betriebe, wie z.B. Schokoladefabriken, für einige Wochen ganz zu schliessen. Auf dem vor wenigen Tagen abgehaltenen Fylkesting erklärte der Fylkeswaldmeister Falk, dass es jetzt höchste Zeit sei, sich ernsthaft mit dem Brennholzproblem zu befassen, wenn im Winter eine Katastrophe vermieden werden solle. Im einzelnen führte Falk aus, dass mit der Einführung von ausländischen Brennstoffen nicht gerechnet werden könne und als Brennmaterial nur Holz und Torf in Frage käme. Um den Holzeinschlag zu beschleunigen, hat der Fylkeswaldmeister vorgeschlagen, in den einzelnen Gemeinden Aufsichtspersonen einzusetzen, die die Aufgabe haben, die notwendige Kontrolle auszuüben und die zuständigen Stellen regelmässig über den Stand des Holzeinschlages zu unterrichten.

Handel

Es konnte beobachtet werden, dass Norweger im Besitz von mehreren Rationierungskarten sind, die sie unrechtmässig erworben haben. Das Fylkeversorgungsamt Rogaland hat, nachdem es bei den ihm unterstellten Versorgungsämtern rückgefragt hatte, ob Rationierungskarten abhanden gekommen seien, mitgeteilt, dass in mehreren Fällen grössere Mengen von Lebensmittel- und Kleiderkarten angeblich auf dem Transport von Oslo zu den einzelnen Gemeinden verlorengegangen sind. Das Fylkesversorgungsamt hat im einzelnen folgende Aufstellung als Ergebnis seiner Rundfrage bei den ihm unterstellten Versorgungsämtern gefertigt:

Lund Versorgungsamt	2o Hefte der Gruppe I, 18 Hefte der Gruppe II und 3 Hefte der Gruppe III für die 13. Lebensmittelverteilungsperiode.
Gjestal Versorgungsamt	34 Stück Mehl- und Brotkarten der Serie D.

Finnöy Versorgungsamt	5o Hefte der Gruppe I und II, 5o Hefte der Gruppe III für die 14. Lebensmittelverteilungsperiode, 1 Fettkarte, 1 Schokoladenkarte.
Mosteröy Versorgungsamt	11 Hefte der Gruppe I für die 14. Lebensmittelverteilungsperiode
Fister Versorgungsamt	1o Hefte der Gruppe I und II für die 14. Lebensmittelverteilungsperiode
Skjold Versorgungsamt	1 Blatt der Brotkarte Gruppe F für die 14. Lebensmittelverteilungsperiode
Stavanger Versorg.Amt	38 Hefte der Gruppe I und II für die 14. Lebensmittelverteilungsperiode
Kopervik Versorgungsamt	1 Heft der Gruppe III, 2 Hefte der Gruppe IV, sowie 1 doppelte Zusatzkarte für die 13. Lebensmittelverteilungsperiode.
Rogaland Versorg.Amt	2789 Gaststättenkarten, 42 Kleiderkarten für Kinder von 3 - 6 Jahren.

Da in keinem Fall nachgewiesen werden konnte, dass die Rationierungskarten auf dem Transport verloren gegangen sind, kann ebensogut angenommen werden, dass die Karten von Angestellten der Versorgungsämter unterschlagen wurden. In diesem Zusammenhang wird in einem Bericht aus Stavanger hervorgehoben, dass die Lebensmittelkarten keine Kontrollnummern haben und die Kleiderkarten erst von den Versorgungsämtern der Gemeinden nummeriert werden, wodurch allein schon die unrechtmässige Verwendung von Rationierungskarten begünstigt werde. Abgesehen von Massnahmen, die in dieser Richtung erforderlich sind, ist die norwegische Polizei angehalten, diesen Fällen besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Aus Bergen wird berichtet, dass in letzter Zeit häufig Diebstähle in Textilgeschäften ausgeübt und dabei nicht nur Textilwaren, sondern auch Abschnitte von Rationierungskarten gestohlen worden sind. Der Unterbringung solcher Abschnitte wird dadurch erheblich Vorschub geleistet, dass immer noch viele Textilgeschäfte Waren gegen abgetrennte Marken der Kleiderkarte verkaufen.

Wie die Erfahrungen der letzten Monate beweisen, ist die Tätigkeit der Preispolizeibehörden wenig geeignet, den Schwarz- und Schleichhandel einzudämmen. Bemerkenswert sind insbesondere die geringen Geldstrafen, die bisher in keiner Weise abschrekkend gewirkt haben. In einem Bericht aus Stavanger werden einige Beispiele für die Arbeitsweise der dortigen Preispolizei angeführt:

1.) 9 Personen werden wegen Schwarzhandels mit Fleisch und wegen Schwarzschlachtens zu Geldstrafen von 5o bis 45o Kr. verurteilt.

2.) 2 Bauern erhielten eine Geldstrafe von 75 bis 1oo Kr., weil sie Getreide gegen die bestehenden Vorschriften verwendet hatten.

3.) 1 Benzinhändler erhielt 2oo Kr. Geldstrafe, weil er Benzin verschoben hatte.

4.) 1 Einwohner aus Stavanger wurde mit 5o Kr. bestraft, weil er ohne Genehmigung einen Kraftwagen fuhr und gleichzeitig gegen die Benzinrationierungsbestimmungen verstossen hatte.

5.) 1 Frau erhielt eine Geldstrafe von 5o Kr., weil sie ihre Kleiderkarte auf eine andere Person übertragen hatte.

6.) 1 Frau erhielt 3o Kr. Geldstrafe, weil sie ihren Schuhbezugsschein verkauft hatte.

7.) 1 Bauer wurde wegen versuchten Schwarzhandels mit Eiern und Butter mit einer Geldstrafe von 5o Kr. belegt.

Auf Grund energischer Vorstellungen von Seiten der NS nimmt die Preispolizei in Bergen nunmehr häufiger bei den einlaufenden Routenschiffen Kontrollen vor. Es wurden fast regelmässig rationierte Waren (Speck, Eier, Butter, Fleisch, Milch, Käse usw.) im Werte von mehreren tausend Kronen beschlagnahmt. Trotzdem kann der Preisbevollmächtigte Rogge, auf dessen rücksichtsvolle und laue Tätigkeit in den Lageberichten schon wiederholt hingewiesen wurde, sich immer noch nicht

dazu entschliessen, die Kontrolle bei jedem Routenschiff durchzuführen.

Finanzwirtschaft:

Monatsstatistik der Bankinspektion

In NS-Bankkreisen wird kritisiert, dass die Monatsstatistik der Bankinspektion auszugsweise in der Presse veröffentlicht wird und die Bevölkerung dadurch laufend über den Stand der Bank-Einlagen und Abhebungen Kenntnis erhält, was sich in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse äusserst schädlich auswirken könne. Es müsste genügen, wenn die Statistik lediglich dem statistischen Zentralbüro, dem Bankverein und evtl. auch den Bankchefs zugestellt würde mit der Aufforderung, sie vertraulich zu behandeln.

In einem Bericht an Finanzminister Prytz bringt der Chef der Forretningsbank in Drontheim, Bergan, zum Ausdruck, dass die Banken einen starken Widerwillen besonders langfristigen Staatsobligationen gegenüber haben. Dieser Widerwillen wird damit begründet, dass in dem Augenblick, in dem wieder ein grösserer Geldbedarf vorhanden sein werde, mit einem bedeutenden Kursrückgang der Staatsobligationen gerechnet werden müsse. Die Banken würden sich dann, um genügend flüssiges Geld zur Verfügung zu haben, gezwungen sehen, Obligationen zu verkaufen. Bergang führte dann weiter aus: "Ich habe behauptet, dass eine solche Ansicht unter den früheren Verhältnissen sowohl natürlich als auch richtig gewesen wäre. Es darf aber später nicht erlaubt werden, dass Staatspapiere zum Gegenstand bedeutender Kursschwankungen gemacht werden. Ausserdem ist es unsere Pflicht, dem Staatsapparat gegenüber eine positive Einstellung und Zuversicht zu zeigen. Ihnen gegenüber, Herr Minister, habe ich vorgeschlagen, dass der Norges Bank die Pflicht auferlegt wird, die Bestände der Banken an Staatsobligationen auf ein Minimum von 95 % ihres Nennwertes zu rediskontieren. Durch eine solche vorläufige Bestimmung wird man die Angst der Banken -

vor Staatsobligationen herabsetzen und grosse, zinsverlustbringende Barbestände abnehmen. Die übertriebene Besorgnis über die Liquidität (eine Reihe der Bankchefs und Bankdirektoren rechnen noch heute damit, dass die Zahlen in der Bilanz ihrer Banken eines Tages wieder auf das Niveau wie vor 1938 kommen werden) und der mehr oder weniger sabotierende Widerwillen haben die Banktätigkeit zu einer Parodie gemacht. In dieser Verbindung bestätige ich, dass die Forretningsbank in Drontheim gewillt ist, für den Staat eine neue Anleihe von 5 1/2 Millionen Kronen zu 3 % zur Konvertierung der vorläufigen 3 1/2 % Staatsanleihe von 1939, Serie II, zu übernehmen.

Arbeit und Sozialwesen:

Aus fast allen Teilen Norwegens wird berichtet, dass die Durchführung der Dienstverpflichtungen bei der Arbeiterschaft eine erhebliche Verärgerung und Beunruhigung hervorgerufen hat. Einem Bericht aus Stavanger zufolge, legen die Baufirmen der Lauftwaffe dem Arbeitsamt Blanko-Listen zur Abstempelung vor und tragen später gemeinsam mit den deutschen Bauleitungen die Namen der nach auswärts dienstzuverpflichtenden Arbeiter ein, wobei die Familienverhältnisse, die nebenberufliche Tätigkeit, die körperliche Eignung usw. nicht die geringste Berücksichtigung finden. Der Leiter des Arbeitsamtes in Stavanger erklärte, dass bei einer Beteiligung seiner Dienststelle eine planmässigere und gerechtere Durchführung der Dienstverpflichtungen gewährleistet werden könnte und die bei den augenblicklichen Dienstverpflichtungsmethoden einlaufenden Proteste und Beschwerden auf ein Mindestmass herabzudrücken seien. Das Arbeitsamt hat wiederholt ergebnislos die Baufirmen aufgefordert, bei Dienstverpflichtungen mit grösserer Sorgfalt zu arbeiten.

Die nach Nord-Aukra (ca. 4oo Arbeiter) und Lista (ca. 150 Arbeiter) dienstverpflichteten Arbeiter haben nach sechsmonatlichem Einsatz Rückberufungsgesuche gestellt, wobei sie sich auf die Verordnung des Direktorats für Arbeitsver-

mittlung vom 9.7.1941 beziehen, nach der Dienstverpflichtungen nur für die Dauer von 6 Monaten vorgenommen werden sollen. Die Tatsache, dass bisher kein Fall bekannt geworden ist, in dem ein Arbeiter nach 1/2 jährigem auswärtigen Einsatz zurückgekehrt ist, hat, wie aus Stavanger berichtet wird, die Abneigung gegen die Dienstverpflichtung weiterhin verstärkt.

Charakteristisch für die stimmungsmässigen Auswirkungen der Dienstverpflichtungen und die damit verbundenen Schwierigkeiten ist ein Sonderbericht aus Bergen, der diesem Lagebericht beigefügt ist.

Aus Drontheim wird gemeldet, dass die Wehrmachtsbauleitung des Flugplatzes Örlandet in einem Rundschreiben alle bei ihr beschäftigten Firmen aufgefordert hat, Arbeiter, die durch Faulheit und Trunkenheit ständig auffallen, der Bauleitung zu melden. Die Bauleitung verurteilt von sich aus die betreffenden Arbeiter zu einer Geldstrafe und schickt an die Arbeiter folgendes Schreiben:

"Auf Grund der Klage Ihrer Firma, werden Sie hiermit wegen fortgesetzter minderwärtiger Arbeitsleistung zu einer Strafe von ....Kr. verurteilt.
Ihre Firma ist angewiesen, den Betrag in 3 Wochen-Raten von Ihrer Lohnzahlung einzubehalten und an die Bauleitung einzuzahlen. Sie erhalten nach Ablauf von 8 Wochen diesen Betrag zurück unter der Bedingung, dass Sie sich während dieser Frist einwandfrei benehmen und bei Ihrer Arbeit keinen Anlass zu Klagen geben. Sollte die Bauleitung jedoch Gegenteiliges erfahren, wird der Betrag einbehalten. Weitere Strafmassnahmen behält sich die Bauleitung vor. Für die Dauer der Bewährungsfrist entfällt die Vergütung für Wegezeit. Von der Sonntagsarbeit und der Überstundenleistung

werden Sie ausgeschlossen. Ebenfalls entfallen für diese Zeit alle Ihnen evtl. zu zahlenden Leistungszulagen."

Die Kommandeure der Sicherheitspolizei sind angewiesen, für die Abstellung einer solchen Verfahrensweise Sorge zu tragen.

Es ist weiterhin bezeichnend, dass die Flugplatzbauleitung Örlandet an ihre Firmen ein Rundschreiben gesandt hat, in dem es am Schluss heisst:

"..... Anordnungen norwegischer Behörden sind, soweit sie den Befehlsbereich der Bauleitung betreffen, gegenstandslos. Sie sind unter keinen Umständen zu befolgen, falls sie in Widerspruch zu den Anordnungen der Bauleitung stehen."

Von den norwegischen Arbeitseinsatzbehörden wird immer wieder darüber geklagt, dass ihre Tätigkeit durch ein derartiges Verhalten deutscher Wehrmachtsdienststellen erheblich erschwert wird und sie bei ihren Anordnungen und Massnahmen auf Unverständnis und Schwierigkeiten bei den deutschen Wehrmachtsdienststellen stossen. Kennzeichnend für die Lage ist ein Schreiben der Bauleitung der Luftwaffe Verdal an die Arbeitsvermittlung in Verdal, in dem es u.a. heisst:

".......Abschliessend wird bemerkt, dass keine Verordnung oder Bestimmung vorliegt, die der Wehrmacht verbieten kann, die nötigen Arbeiter einzustellen und keine Berechtigung vorliegt, dass diese aus ihrer Arbeit wieder herausgezogen werden können."

In einem Bericht aus Drontheim heisst es, dass die Arbeitsvermittlungsbehörden mit den Bauunternehmern, deren Bedarf an Arbeitskräften zur Zeit aussergewöhnlich hoch ist, die grössten Schwierigkeiten haben. Allein in Drontheim und Strinda sind in den letzten 2 Jahren ungefähr 4o neue Bauunternehmen gegründet worden. Die Inhaber dieser Firmen besitzen zum grössten Teil keinerlei technische und kaufmännische Voraussetzungen für ihre Tätigkeit. Die Tarifbestimmungen und die Verordnungen der Arbeitsämter werden von diesen Firmen

in keiner Weise eingehalten. Die Arbeiter werden zum grössten Teil unter Umgehung der Arbeitsvermittlung angeworben.

Um diesem Unwesen Einhalt zu gebieten, hat das Arbeitsamt Drontheim im Einvernehmen mit der RK-Dienststelle am 21.7.42 35o Angehörige dieser Berufsgruppe zu einer Versammlung geladen. Der Leiter des Arbeitsamtes, Arnljot Hegle, sprach über die derzeitige Lage des Arbeitsmarktes. Er geisselte das verantwortungslose Verhalten vieler Bauunternehmer und drohte mit schärfsten Massnahmen, Neben hohen Geldstrafen würde auch nicht vor der Schliessung des betreffenden Betriebes zurückgeschreckt werden.

Fortfall der Trennungsentschädigung

In den"Meldungen aus Norwegen" vom 15.7.42 wurde bereits auf die Beunruhigung der Arbeiterschaft insbesondere bei den Baustellen der Nordag durch Streichung der Trennungsentschädigung hingewiesen. Gleichlautende Berichte liegen inzwischen aus Drontheim und Stavanger vor.

Als typisches Beispiel wird von Drontheim folgender Fall angeführt:

Die Stimmung der Arbeiterschaft bei der Firma Sager & Wörner hatte sich auf Grund von sozialen Massnahmen im letzten Halbjahr erheblich verbessert. Die Arbeitsleistung war dementsprechend gestiegen. Die Streichung der Trennungsentschädigung hat nunmehr eine erhebliche Verärgerung und Erregung unter den Arbeitern hervorgerufen, weil sie ihre auswärts wohnenden Familien nicht mehr ausreichend versorgen können. So verdient beispielsweise ein verheirateter Dienstverpflichteter aus Oslo bei einer Arbeitszeit von 7,oo - 19,3o Uhr wöchentlich 83,- Kr. Hiervon müssen 19,9o Kr. für Steuern und Krankenkasse und 35,- Kr. für Unterkunft und Verpflegung an die Firma gezahlt werden. Der Restbetrag von 28,1o Kr. ist nicht ausreichend, um die Familie versorgen zu können.

Aus Stavanger wird gemeldet, dass die Bauleitung der Luftwaffe Sola-Land die Trennungsentschädigung weiter bezahlt und dadurch auch Arbeiter anderer Baustellen zu sich herüberzuziehen versucht. Die Bauleitung der Luftwaffe tritt hierbei nach aussenhin nicht in Erscheinung, sondern schickt ihre norwegischen Baufirmen vor, die die Arbeiter mit dem Versprechen finanzieller Vorteile verhältnismässig leicht zum unberechtigten Verlassen ihres früheren Arbeitsplatzes überreden können.

Wohnungsverhältnisse in Oslo:

Am 1. Januar 1939 waren in Oslo ansässig:

274.223 Einwohner, hiervon 239.671 Erwachsene = 87,4 %,
gegenüber 1905 : 67,3 %
34552 Kinder unter 12 Jahren = 12,6 %
gegenüber 1905 : 32,7 %.

An Wohnungen waren zu diesem Zeitpunkt vorhanden: 79 769 mit insgesamt 199 22o Räumen - einschl. Küchen, sodass etwa 1,38 Menschen in jedem Raum wohnten.

Von diesen 79 769 Wohnungen umfassten:

23 377 Wohnungen	1 Raum,	hiervon	mit 1 Kind 69,6 %,
			mit 2 Kindern 22,9 %=92,5 %
28 169 "	2 Räume,	"	mit 1 Kind 66,8 %,
			mit 2 Kindern 24,8 %=91,6 %

Von diesen beiden Gruppen von Wohnungen müssen etwa 85 % als übervölkert, d.h. von mehr als 2 Menschen je Raum bewohnt, bezeichnet werden.

Am 31. Mai 1942 gab es in Oslo 2951 wohnungssuchende Familien, die beim städtischen Wohnungsamt angemeldet waren. Diese Familien setzen sich aus 7681 Einzelpersonen zusammen, einschliesslich 16o1 Kindern. Dem grössten Teil dieser Familien können keine eigenen Wohnungen angewiesen werden, so dass sie zusätzlich in bewohnten Häusern untergebracht werden müssen, wodurch eine weitere Übervölkerung der Wohnstätten eintritt.

Die Erstellung von Neubauwohnungen in Oslo nahm in den letzten Jahren folgende Entwicklung:

1920	gab es insgesamt	56 985	Wohnungen	
1929	" " "	62 348	"	
1939	" " "	83 16o	"	und hiervon mehr als 6o % mit 1 und 2 Zimmern.

In den Jahren 1939 und 1940 liess der Wohnungsbau nach und wurde im Laufe des Krieges ganz eingestellt. Hierin liegt der Hauptgrund für die weitere Verschlechterung der an sich schon schwierigen Wohnungslage in Oslo.

Von norwegischer Seite wird die Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse fast ausschliesslich mit der Beschlagnahme und Inanspruchnahme von Häusern und Wohnungen durch die deutsche Besatzungsmacht begründet und zum Anlass zu unsachlicher Kritik und Gerüchtebildung insbesondere von gegnerischer Seite genommen.

In den vorgebrachten Klagen wird immer wieder das rücksichtslose, die vorliegenden Verhältnisse nicht berücksichtigende Vorgehen bei den Beschlagnahmungen und Inanspruchnahmen gerügt:

Die Häuser und Wohnungen würden willkürlich genommen, ohne Gewährung von tragbaren-Räumungsfristen, die oft nur 1 oder 2 Tage ausmachten,

die bisherigen Bewohner müssten ihr gesamtes Mobiliar zurücklassen, einschliesslich aller Haushaltungsgegenstände, und dürften in vielen Fällen nur ihre persönlichen Dinge und ihre Garderobe und Leibwäsche mitnehmen. Dabei sei es heute nicht möglich, neue Einrichtungen und Gebrauchsgegenstände zu beschaffen, zumal man sehr lang auf die Vergütung durch die Stadtverwaltung warten müsse,

es würden vielfach kleinen Angestellten und Arbeitern, auch Familien mit Kindern die Wohnungen genommen, während die sogenannten "Jössinger" und "Plutokraten" zu sehr verschont blieben. Von deutscher Seite kümmere man sich nicht um die Unterbringung der "Herausgesetzten" und überlasse diese schwierige Aufgabe allein der norwegischen Behörden.

Insbesondere seien die Bewohner der Hybelgaards in der Bygdö-Allee, Bogstadveien, Grönnegate, Frederik Stanggt. und Nilsensvei von den Misständen hart betroffen. Die Wohnungsinhaber hätten zum Teil zu Bekannten und Freunden ziehen und dort mangels geeigneter Räume monatelang in Schlafsäcken schlafen müssen. Es käme auch vor, dass Bewohner mit unterschiedlicher politischer Meinung zusammengebracht würden und die Folge sei dauernde Zwistigkeit. Vor allem hätten kinderreiche Familien grosse Schwierigkeiten in anderen Häusern unterzukommen.

Auch in Kreisen von NS-Angehörigen und deutschfreundlichen Norwegern werden die Beschlagnahmungen und Inanspruchnahmen stark bemängelt. Es wird darauf hingewiesen, dass die grossen Villen, in denen teilweise ein und zwei Personen in zehn Zimmern und mehr wohnen, nicht angerührt würden, während Wohnstätten kleiner Angestellter und Arbeiter, die jedes Stück ihres Eigentums unter Mühen und Opfern zusammengespart hätten, requiriert würden.

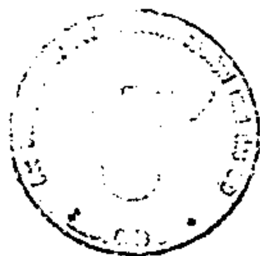
Die rücksichtslose Inanspruchnahme von Wohnungen für Nordag-Angestellte wird sehr stark kritisiert.

Zur Zeit steht im Mittelpunkt der Gespräche die Inanspruchnahme des Hybelhauses Bygdö-Allee 24, das am 15. Juli geräumt werden musste und am 1. August von dem Personal des deutschen Theaters belegt werden soll. Die Insassen hätten einen lo-tägigen Aufschub nachgesucht, der aber abgelehnt worden sei.

Des weiteren wird darüber geklagt, dass auf Veranlassung der Wehrmacht, Handwerker ihre Wohnungen und Handwerksstuben räumen mussten, um Lagerräume frei zu machen.

Die Beteiligten führen bei ihren Klagen auch an, dass ihnen u.a. Wohnungen zugewiesen würden, die wesentlich teurer seien, als ihre bisherigen und vielfach weit vor der Stadt lägen, wodurch ihnen höhere nicht tragbare Kosten entständen.

Die Norweger sind vielfach der Meinung, dass jede deutsche Wehrmachtseinheit oder jede deutsche Dienststelle z.B. auch die Nordag, berechtigt sind, selbständig Beschlagnahmen durchzuführen. Sie glauben daher, eine zentrale deutsche Stelle würde in der Lage sein, in Verbindung mit dem Wortführer der Stadt eine durchgreifende Planung für den Raumbedarf der Deutschen aufzustellen, wodurch nach ihrer Auffassung Schwierigkeiten verringert und Misstände unterbunden werden könnten. So wird in norwegischen Kreisen davon gesprochen, dass im Laufe des Jahres weitere 2200 Wohnungen für deutsche Zwecke beschafft werden müssten, wovon ein Teil im Laufe des Juli bereits freigestellt worden sei. Es müsste eine umfassende und lückenlose Wohnungskartei erstellt werden. Dabei würde es sich herausstellen, dass nicht nur in Oslo selbst, sondern auch in Aker und Baerum noch geeignete Wohnungen und Villen erfasst werden könnten.



ϟϟ-Standartenführer.

8

Anlage zu den "Meldungen aus Norwegen" Nr. 43.

Durchführung von Arbeitsverpflichtungen, Schwierigkeiten und stimmungsmässige Auswirkungen.

Die Durchführung von Arbeitsverpflichtungen hat in der Bevölkerung stärkstes Aufsehen und Beunruhigung hervorgerufen. Nach den vorliegenden Berichten behaupten die Norweger, die Massnahme sei mit einer Sklavenjagd zu vergleichen, die von den Deutschen zur Deckung des grossen Arbeitskräftebedarfs, d.h. also, allein für deutsche Interessen veranstaltet würde. Kein Norweger glaube daran, dass die Arbeitsdienstpflicht dem eigenen Lande zugute komme. Das norwegische Volk werde mit Terror- und Zwangsmassnahmen, ohne Rücksicht auf die Belange des Landes, und nur unter dem Gesichtspunkt, das deutsche Rüstungspotential zu verstärken, für den deutschen Kriegseinsatz eingepsannt. Die zwangsweise Versetzung von Arbeitskräften sei ein sehr ernster Eingriff in die Lebensrechte der Norweger, und es sei für sie furchtbar bitter, dass dieser Einsatz im "Dienst des Feindes" erfolgen müsse. Die Deutschen hätten dauernd in Schrift und Reden eifrig Propaganda gegen das Zwangsarbeitesystem in Russland gemacht und auf die angeblich dort herrschenden unmenschlichen Verhältnisse hingewiesen, die tausende von Opfern gefordert hätten; nunmehr führten sie dieselben Methoden in Norwegen ein.

Die Versicherung, dass die Dienstverpflichteten nur in Norwegen eingesetzt werden, wird als unglaubwürdig bezeichnet.

Ganz besonderen Unwillen hat ein Gerücht verursacht, welches besagt, dass die NS-Leute eine Sonderstellung einnehmen und nicht dienstverpflichtet werden.

Von denjenigen Norwegern, die gemässigtere Ansichten vertreten und die Notwendigkeit der Dienstpflicht einsehen, wird beahstandet, dass sich viele Leute vor der Dienstverpflichtung drücken könnten, die so gut wie gar keinerBe-

schäftigung nachgehen. In erster Linie seien dies die Söhne vieler Betriebsinhaber, die zwar in "Papa's Büro" angestellt seien, aber nie richtig zu arbeiten brauchten und daher nicht wüssten, was es heisst, sich für das tägliche Brot bei geringer Bezahlung abmühen zu müssen. Weiter seien viele besser bezahlte Angestellte, insbesondere Reisende, von den Firmen sofort nach der ersten Ankündigung der Arbeitspflicht zur Dienstleistung beim Luftschutz gemeldet worden und blieben so von der Arbeitsverpflichtung verschont, trotzdem sie ohne weiteres in den Betrieben zu entbehren wären. Diese Zustände werden als ungerecht angesehen und man fragt, warum immer gerade die kleinen Leute die ganze Last des Krieges tragen müssten.

Allgemein ist festzustellen, dass die Arbeitspflicht den Hass gegen die Deutschen,und noch mehr gegen die NS, verschärft hat. Gegnerische Kreise haben die Situation auch sofort wahrgenommen und folgendes Flugblatt verbreitet:

"Zurzeit erhalten alle grösseren Firmen von den Arbeitskontoren die Mitteilung, dass ein Drittel des Personals eine Einberufung zum Arbeitsdienst für kürzere Zeit zu erwarten hat. Es verlautet nichts darüber, worauf der Arbeitsdienst hinausgeht, es ist aber eine bekannte Sache, dass es sich um Arbeiten für die Deutschen, Arbeiten auf den Heringsölfabriken und bei den Befestigungswerken in Norwegen handelt, und dass möglicherweise auch Arbeiter nach Deutschland geschickt werden, um dort in der Kriegsindustrie zu arbeiten. Es handelt sich also um Arbeiten gegen unsere eigenen Interessen, gegen alles, wofür unsere Landsleute draussen und im Lande seit dem 9.4.1940 gekämpft haben, um Arbeiten, die unser Ziel hinausschieben, nämlich: Die Befreiung unseres Landes. In diesem Kampf sind schon grosse Forderungen an unser Volk gestellt worden, Forderungen an jeden einzelnen Stand oder Berufszweig

innerhalb der Bevölkerung. Wir erinnern an den mächtigen Kampf der Pfarrer, der Lehrer und der Schuljugend gegen die Nazifizierung, ein Kampf, der seiner vielen Opfer wert war. Quisling äusserte neulich in einer Lehrerversammlung in Stabeck, es sei Schuld der Lehrer, dass er seinen Rikstîng nicht hätte gründen können; sie trügen in erster Linie die Verantwortung, dass er keine Friedensverabredungen mit Deutschland hätte bekommen können. Dass solche "Friedensverabredungen" dasselbe bedeuten würden wie Mobilisierungsbefehle, brauchen wir nicht besonders zu erwähnen.

Jetzt betrifft die Forderung einen grösseren Teil der Bevölkerung als früher. Wir wollen uns nicht weniger kampftüchtig und nicht mehr willig zeigen, unser Land auszuliefern, als andere Stände. Lasst uns nicht das zerstören, was andere mit viel Arbeit und unübersehbaren Opfern aufgebaut haben. Lasst uns beweisen, dass wir - jeder einzelne Arbeiter und jeder einzelne Funktionär, Frau und Mann - willig sind, für die Befreiung unseres Landes und für das, was wir für Wahrheit und Recht halten, etwas einzusetzen. Lasst uns alle wie ein Mann zusammenhalten und den deutschen Arbeitsdienst verweigern, im In- und im Auslande. Es wird Opfer kosten, viele Opfer und schwere Opfer, aber wer hat wohl daran geglaubt, dass gerade wir ohne Opfer durch diesen Krieg kommen sollen? Wir wollen alle in einer gemeinschaftlichen und unzerbrechlichen Front zusammenstehen und alle den Arbeitsdienst für die Deutschen verweigern. Hier darf keiner nachgeben und persönliche Rücksichten dürfen nicht abhalten. Erinnert Euch an das Wort Sivles:

> So möge sich zur Hölle scheren
> jede feige Versagerseele
> in Norwegen.

Wir haben nun genug "Versager" in Norwegen gehabt, lasst uns nicht mit ihnen auf einer Stufe stehen. Haltet die Stellung: Zeigt Haltung: Verweigert alle den deutschen Arbeitsdienst!

NS: Sorge dafür, dass jeder Deiner Arbeitskameraden dieses zu lesen oder zu hören bekommt."

Das Distriktskontor für Arbeitsvermittlung in Bergen teilt auf Anfrage mit, dass bei der Bearbeitung der Dienstverpflichtungen eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden waren. Z.B. befanden sich sehr häufig Arbeitskräfte, die dienstverpflichtet werden sollten, in Urlaub oder im Auftrage ihrer Firmen ausserhalb Bergens, wo sie mit dem Einschlagen von Holz beschäftigt waren. Zum Teil konnte der derzeitige Aufenthaltsort nicht oder erst nach zeitraubenden Nachfragen ermittelt werden.

Eines der häufigsten Hindernisse, auf welches die Arbeitsbehörde gestossen ist, ist der zivile Luftschutz. Einige Betriebe haben sämtliche männlichen Arbeitskräfte dem Luftschutz zur Verfügung gestellt; vielfach ist dies erst nach der Bekanntgabe der Arbeitspflicht geschehen. Da nach den Bestimmungen Mitglieder des zivilen Luftschutzes nicht zu Arbeiten herangezogen werden dürfen, die sie in ihrer Tätigkeit beim Luftschutz hindern könnten, sieht sich die Arbeitsbehörde nicht in der Lage, solche Leute dienstzuverpflichten.

Die Arbeitsbehörde konnte verschiedentlich nicht vermeiden, dass Härten vorkamen. Z.B. mussten - wie bereits oben erwähnt wurde - viele Arbeitspflichtige ihren Urlaub abbrechen. Ferner konnte den Dienstverpflichteten an ihren neuen Arbeitsplätzen häufig nicht der Lohn gewährt werden, den sie bisher erhalten haben, da der Stundenlohn für ungeübte Arbeiter auf 1,33 Kr. festgelegt ist. An manchen Orten kommen die Arbeitskräfte mit diesem Geld nicht aus, weil die Lebensunterhaltungskosten zu hoch sind. Von Geschäften, Handwerks- und Industriebetrieben sind Klagen eingelaufen, dass ihnen die dienstverpflichteten Arbeitskräfte fehlen. Sie behaupten, es sei ihnen früher bereits schwer gefallen, die laufenden Arbeiten mit den vorhandenen Kräften zu bewältigen; dies sei ihnen heute, nachdem ihnen bis zu einem Drittel der Gefolgschaftsmitglieder entzogen wörden sei, geradezu unmöglich. Weitere Schwierigkeiten sind dadurch entstanden,

dass den Dienstverpflichteten, insbesondere wenn sie bisher eine Bürotätigkeit ausübten, die notwendige Arbeitskleidung nicht zur Verfügung steht und neue Arbeitskleider nicht zu beschaffen sind.

Insgesamt sind in den Fylken Bergen und Hordaland etwa 15oo Arbeitskräfte dienstverpflichtet worden.

Bundesarchiv

Deutsche Polizeidienststellen in Norwegen

Nr. 51 - 55	Febr.-Mai 1943
Meldungen aus Norwegen in folgender Gliederung: A.) Allgemeine Lage B.) Gegner C.) Lebensgebiete (Kultur, Verwaltung und Recht, Wirtschaft)	

Anlage zu Ic Nr. 3412/42. 108
A14/II a

Anlage zum Lagebericht Nr. 43.

Schwedische Presse.

Meldungen über Norwegen.

Die schwedische Presse folgt weiterhin mit großer Aufmerksamkeit den Ereignissen in Norwegen. Die diesbezüglichen Meldungen haben gewöhnlich den gleichen Text, obwohl jede Zeitung angibt, daß die betreffende Einzelmeldung von ihrem Sonderkorrespondenten stamme. Daraus läßt sich ersehen, daß es ein und derselbe Kreis ist, der die schwedische Presse mit Einzelmeldungen aus Norwegen versorgt. Als einzige Zeitung räumt "Aftonbladet" derartigem Stoff nur sehr geringen Platz ein. "Aftonbladets" Konkurrenzorgan "Aftontidningen" bringt dagegen besonders ausführliche Artikel und Sonderkommentare, die sich häufig mit wirtschaftlichen Fragen befassen und in einem äußerst gehässigen Ton gehalten sind. Auffallend ist, daß die übrige schwedische Presse wenig oder fast gar nicht auf die Kommentare von "Aftontidningen" eingeht.

Einen gemeinen Kommentar zur Errichtung der "Germanske SS Norge" bringt "Socialdemokraten" vom 27.7.1942 in Form einer Zeichnung. Diese zeigt Affen in Hirduniform. Der darunterstehende Text lautet in Übersetzung:

> "Die Quislinge in allen Ländern haben nichts anderes zu tun, als dem großen nationalsozialistischen Musterland in allem nachzuahmen. Eigene Ideen kommen nicht in Frage. In Norwegen soll z.B. die NS die "Germanske SS" bilden, eine getreue Kopie der deutschen Waffen-SS. Der richtige Name dieser letzten Quislingschöpfung dürfte aus natürlichen Gründen "Affen-SS" sein."

Über Vorgänge innerhalb der NS werden besonders hervortretende Meldungen in der Berichtszeit nicht gebracht. Der Verlauf des Geburtstages von Quisling wird nur wenig beachtet. Zu der Meldung von "Fritt Folk", daß am 25. September eine der größten Veranstaltungen der Parteigeschichte in Oslo stattfinden werde, bemerken fast alle Zeitungen mit Fragezeichen, daß man an diesem Tage auch ein größeres politisches Ereignis erwarten könne.

In übergroßer Aufmachung berichten ausnahmslos alle Zeitungen über die Bildung einer neuen Kirchenfront unter Leitung der abgesetzten Bischöfe und Pfarrer. Der Aufruf dieser neuen Kirchenleitung wird zum Teil in der Presse wiedergegeben. Der Inhalt besagt, daß das Ziel des Kirchenkampfes nicht politischer Art sei. Nicht der Kirche, sondern dem Staat müsse der Vorwurf gemacht werden, an den jetzigen Verhältnissen die Schuld zu tragen. "Stockholms Tidningen" und "Svenska Dagbladet" kommentieren am 27.7. dieses Ereignis in einem für die Pfarrer der Gegnerfront positiven Sinne. - Die letztgenannte Zeitung teilt am 28.7.1942 mit, daß die Gehälter der Pfarrer, die ihr Gehalt nicht abheben oder annehmen, in einen Fond überführt werden. Es sei nicht bekannt, wozu dieser Fond später benutzt werden solle. "Norrköpings Tidningar" und "Svenska Morgonbladet" vom 28.7.42 betonen in ihrem Kommentar, daß diese neue Kirchenfront einen endgültigen Sieg davon getragen habe

Der Lehrerstreik in Norwegen sei, wie "Svenska Dagbladet" vom 26.7.1942 zu berichten weiß, immer noch nicht abgeflaut, vielmehr zeige der passive Widerstand, daß die Quislingsbehörden sich auch hier nicht durchzusetzen vermögen.

In der Front der nationalbewußten Norweger stünden jetzt auch die norwegischen Buchverlage. Fast 96 v.H. hätten gegen die Neuordnung protestiert. (13.7.42). Am 29.7.1942 meldet "Svenska Dagbladet", daß die Verleger einen bedeutenden Sieg über das "Kultur- und Propagandadepartement" errungen hätten. Nach ihrem Protest dürften die Verleger jetzt wieder wie früher Bücher herausgeben, müßten freilich damit rechnen, daß unerwünschte Bücher anschliessend verboten werden. - Zur Verhaftung des Verlegers Arne Damm, Oslo, wird bemerkt, daß diese nicht im Zusammenhang mit dem Verlegerstreik erfolgt sei.

In besonderer Aufmachung werden die Verbotslisten des unerwünschten Schrifttums behandelt. Über 800 berühmte Dichter und Schriftsteller stünden auf diesen Listen des Quisling-Regimes. Folgende schwedische Schriftsteller seien dem Verbot verfallen: Alf Ahlberg, Zeth Höglund, Bertil Malmberg, Bertil Stenhammar, Johannes Wickmann, Axel Wenner-Gren (Ett Ord till alla), Harry Blomberg, Lydia Wahlström und andere. (Wenner-Gren wurde

übrigens zwei Tage nach Bekanntgabe dieser Liste in der schwedischen Presse in einer Meldung von "Aftonbladet" als Achsenfreund Nr. 1 bezeichnet.) "Socialdemokraten" vom 22.7. 1942 kommentiert die Verbotslisten wiederum mit einer Zeichnung unter der Überschrift "Totengräber der Kultur".

Aus den Einzelmeldungen können folgende hervorgehoben werden: "Beteiligung von NS-Männern an der Schwarzen Börse", "Razzien auf tanzlustige Norweger", "Requirierung von Fahrrädern, Personenkraftwagen, Geschäftslokalen, Krankenhäusern und Hotels für die deutsche Besatzungsmacht", "Zwangsausschreibung norwegischer Arbeiter und Angestellten für deutsche Festungsbauten", "Überführung der männlichen Bevölkerung von Televaag und von der Insel Mögster ins Konzentrationslager, Zwangsverschickung der Kinder und Frauen dieser Gebiete", "Fortgesetzte Flucht nach England". Besonders hervorgehoben wird die angebliche Bestrafung des ältesten Sohnes Fridtjof Nansens, des Architekten und ehemaligen Leiters von "Nasjonal Hjelpen", Odd Nansen, mit Dunkelzellenhaft.

"Socialdemokraten" vom 12.7.1942 überschreibt eine Meldung mit den Worten "Der deutsche Polizeichef in Norwegen bestätigt 9 Todesurteile". In der Meldung selbst heißt es dann jedoch, daß die Urteile auf Zuchthaus- und Gefängnisstrafen lauten.

Wie üblich finden sich in der schwedischen Presse wiederum eine Reihe von redaktionseigenen Kommentaren zu den Ereignissen in Norwegen, besonders zu den deutschen "Unterdrückungsmethoden". Von diesen werden folgende als charakteristische Beispiele angeführt:

"Östergötlands Folkblad" vom 9.7.1942:

> ".... Jeder reaktionsfähige Mensch müßte sich fragen, ob das grausame Los, das den Einwohnern der okkupierten Länder im Verlaufe des Krieges zuteil wird, nur Folgen des Krieges sind. Die Antwort muß mit N e i n gegegeben werden... Wir wollen nun keineswegs sagen, daß die deutschen Behörden den Terror um des Terrors Willen ausüben. Wir sind uns vollkommen klar darüber, daß die militärische Führung, wenn sie nur selbst und allein bestimmen könnte, alles getan hätte, um das Volk zu beruhigen und um erträgliche Verhältnisse zu schaffen. ...

...

Lange vor Kriegsausbruch ahnte man, daß eine deutsche Okkupation gleichbedeutend mit einem unmittelbar darauffolgenden politischen Unterdrückungsprozess - ein Glied in der gefürchteten "Nazifizierung" der okkupierten Länder - sein würde. Die Besorgnisse der Bevölkerung werden durch die innerpolitische Zwangsordnung, welche der Mehrheit des Volkes tief verhaßt ist, auf das brutalste bestätigt. So ist es in Norwegen, in der Tschechei, in Holland und in Polen geschehen.... Die deutschen militärischen Siege sind hierdurch zu einer erschreckend tiefen Tragik der Geschichte der europäischen Völker geworden. ..."

"Aftontidningen" vom 16.7.1942 :

"....Es soll Deutsche geben, die sich über die geringe Sympathie wundern, die ihnen in den skandinavischen Ländern entgegengebracht wird. Wir müssen uns aber über die so vollständige Unkenntnis der Deutschen über nordisches Wesen und nordische Kultur wundern. Anders kann man die Verwunderung über die den Deutschen erwiesene Antipathie nicht erklären. Die Deutschen nehmen nun Eingriffe auf dem Gebiet des Arbeits- und Wirtschaftslebens vor. Sie führen Verhältnisse auf den Arbeitsplätzen ein, die sich der Sklaverei nähern. Die Ausübung des Rechtes wird mit Geiseln und Gemeinschaftsstrafen, die eine Jahrhunderte zurückliegende Tendenz zeigen, gehandhabt. Denk- und Äußerungsfreiheit sind abgeschafft worden. Ein kritisches Wort über das Regime kostet Gefängnis und Mißhandlung... Und dann wundern sich die Deutschen noch über die geringe Sympathie, die sie in den skandinavischen Ländern finden..."

"Socialdemokraten" vom 20.7.1942:

"Die Stimme des norwegischen Volkes.
Der Norweger hat jede ihm gebotene Möglichkeit ausgenutzt, seinen Scherz mit den Deutschen und den Quislingen zu treiben. Ein Einfall wird vom andern abgelöst. Es wimmelt von erdachten Spitznamen und Parodien. Quisling war bereits lange vor dem Kriege das Ziel allgemeiner Witzelei. Nach dem berühmten Pfefferattentat, dem Quisling im Verteidigungsministerium ausgesetzt gewesen sein will, wurde sofort der am schlechtesten gewürzte Branntwein "Quisling" getauft. Die Verkäufer wüßten augenblicklich, was der Kunde haben wollte, wenn dieser einen "Ganzen Quisling" oder einen "Halben Quisling" verlangte. Als der Landesverräter Quisling nach den ersten stürmischen Tagen im April 1940 "freiwillig" als Staatsminister zurücktrat und sich stattdessen Demobilisierungschef nannte, erhielt er sofort den Titel "demobiliseringssjef Usling (=Schurke)". Die später auftauchenden konstituierten Staatsräte wurden "prostituierte Staatsverräter" genannt. Es dauerte auch nicht lange, daß der Reichskommissar Terboven wegen seiner vielen Verbote und Verordnungen den Namen "Reichskommissar Verboten" erhielt. Es war ja nur ein Auswechseln von Buchstaben."

verteidigt. Norwegen habe heute nicht Schweden, sondern England, Amerika und Rußland als Alliierte. Man müsse aber hoffen, daß nach dem Kriege dennoch die nordische Sache gelöst werde. Auch "Socialdemokraten" vom 19.7.1942 bemerkt, daß die freiheitsliebenden Norweger zu einer anderen Auffassung vom nordischen Gedanken kommen als die "Norsk Tidend" in London. Man dürfe aber die Erklärung der norwegischen Regierung nicht allzu tragisch nehmen, sondern müsse sie als Ausfluß einer zufälligen Situation betrachten. Der Artikel der "Norsk Tidend" hat eine Flut von zahlreichen Kommentaren über den Wert des Skandinavismus und des nordischen Gedankens überhaupt ausgelöst. "Östgöten" vom 18.7.1942 fordert zur Bildung eines einigen Norden auf. Dies sei erstens historische Pflicht und zweitens glücklich für alle nordischen Völker. "Upsala Nya Tidning" vom 18.7.1942 spricht davon, daß die "Nordisten" durch die "Norsk Tidend" etwas abgekühlt seien. Man müsse aber abwarten, denn wenn erst die norwegische Regierung in London wieder ihren Sitz in Oslo einnehmen werde, würde auch die Frage der nordischen Staaten gelöst werden. "Ny Tid" vom 18.7. 1942 bemerkt: "Es ist wahr, daß der Norden zwei gefährdete Grenzen hat: Dänemarks Grenze mit Deutschland und Finnlands mit Rußland." Von diesen beiden Grenzen sei die mit Deutschland zweifellos am stärksten bedroht.

"Dagens Nyheter" vom 16.7.42 nimmt einen gekürzten Artikel von Kurt Koch aus der dänischen Wochenschrift "Kritisk Uge-Revue" auf. Hier wird Schweden der Vorwurf gemacht, daß es nach der Führerstellung im Norden greife. Schweden habe aber den nordischen Gedanken verlassen. Es habe Finnland im Stich gelassen, als dieses 1939 in den Krieg ziehen mußte. Es habe Norwegen und Dänemark verlassen, als diese von Deutschland besetzt wurden. Darüber müsse man sich wundern. Finnland verteidige Schwedens Grenze in weit höherem Maße als Dänemark es im Süden tue. Finnische Zeitungen hätten klar geschrieben, daß sie sich jedes Gerede von schwedischer Seite über eine Führerstellung Schwedens im Norden verbitten. Denn Finnland habe als einziges nordisches Land bis jetzt die Grenzen Skandinaviens mit Gut und Blut verteidigt.

"Svenska Dagbladet" vom 21.7.1942:

"......Die Wahrheit darüber, daß keiner der norwegischen Minister die genaue Mitgliedszahl der NS anzugeben wagt, ist, daß der überwiegende Teil Quisling und dessen "Staatspartei" derartig bestimmt ablehnt, daß der Ministerpräsident gezwungen wird, seine hoffnungslose Stellung als Minorität einzuräumen. Diese Minorität herrscht nun nicht kraft einiger "Elite"-Eigenschaften, sondern einzig und allein kraft fremder Waffen. Der Nationalsozialismus sieht ja eine Ehre darin, die Machtstellung auf legalem Wege und dank der Mehrzahl des Volkes erworben zu haben. Glaubt man, daß die entgegengesetzte Methode in einem nordischen Land mit dem stolzen Freiheitsgefühl der Norweger möglich ist?"

Die Politik der Norwegischen Regierung in London hat zu einem unerwarteten propagandistischen Erfolg für die Regierung Quisling geführt, wie aus allen Kommentaren der schwedischen Presse zu einem Artikel der norwegischen Emigranten-Zeitung in London, "Norsk Tidend", zu erkennen ist. Die Zeitung hatte in diesem Artikel die These vertreten, daß Norwegen Brücke und Verbindungsglied zwischen der Sowjetunion und den atlantischen Mächten sein solle, daß aber der Gedanke eines nordischen Staatenbundes nicht mehr zur Diskussion stünde. Die schwedischen Kommentare legen fast eindeutig fest, daß diese Zeitung nicht eine norwegische, sondern eine englische Stimme sei, und daß die dort vertretenen Gesichtspunkte nicht norwegische sondern englische seien. Im Verlauf der Kommentierungen wird in auffallender Weise nicht mehr wie früher von der "norwegischen Regierung", sondern von der "norwegischen Regierung in London" gesprochen. "Svenska Dagbladet" bemerkt am 23.7.1942, daß innerhalb der norwegischen Regierung in London, zwei Lager bestünden: Trygve Lie und Arne Ording wollten eine enge nordische Zusammenarbeit, der Redakteur der "Norsk Tidend", Schancke Jonassen, (ehem.Redakteur von Tidens Tegn) sei aber "atlantisch eingestellt". "Stockholms Tidningen" am 21.7.1942 bemerkt: "Der nordische Gedanke kann nicht von einer Erklärung einer Regierung, die unter Verhältnissen wie die norwegische in London wirkt und lebt, erschüttert werden." Die Haltung der norwegischen Sprecher in London wird erwartungsgemäss stark von "Göteborg Handels -och Sjöfartstidning" (20.7.42)

verteidigt. Norwegen habe heute nicht Schweden, sondern England, Amerika und Rußland als Alliierte. Man müsse aber hoffen, daß nach dem Kriege dennoch die nordische Sache gelöst werde. Auch "Socialdemokraten" vom 19.7.1942 bemerkt, daß die freiheitsliebenden Norweger zu einer anderen Auffassung vom nordischen Gedanken kommen als die "Norsk Tidend" in London. Man dürfe aber die Erklärung der norwegischen Regierung nicht allzu tragisch nehmen, sondern müsse sie als Ausfluß einer zufälligen Situation betrachten. Der Artikel der "Norsk Tidend" hat eine Flut von zahlreichen Kommentaren über den Wert des Skandinavismus und des nordischen Gedankens überhaupt ausgelöst. "Östgöten" vom 18.7.1942 fordert zur Bildung eines einigen Norden auf. Dies sei erstens historische Pflicht und zweitens glücklich für alle nordischen Völker. "Upsala Nya Tidning" vom 18.7.1942 spricht davon, daß die "Nordisten" durch die "Norsk Tidend" etwas abgekühlt seien. Man müsse aber abwarten, denn wenn erst die norwegische Regierung in London wieder ihren Sitz in Oslo einnehmen werde, würde auch die Frage der nordischen Staaten gelöst werden. "Ny Tid" vom 18.7. 1942 bemerkt: "Es ist wahr, daß der Norden zwei gefährdete Grenzen hat: Dänemarks Grenze mit Deutschland und Finnlands mit Rußland." Von diesen beiden Grenzen sei die mit Deutschland zweifellos am stärksten bedroht.

"Dagens Nyheter" vom 16.7.42 nimmt einen gekürzten Artikel von Kurt Koch aus der dänischen Wochenschrift "Kritisk Ugo-Revue" auf. Hier wird Schweden der Vorwurf gemacht, daß es nach der Führerstellung im Norden greife. Schweden habe aber den nordischen Gedanken verlassen. Es habe Finnland im Stich gelassen, als dieses 1939 in den Krieg ziehen mußte. Es habe Norwegen und Dänemark verlassen, als diese von Deutschland besetzt wurden. Darüber müsse man sich wundern. Finnland verteidige Schwedens Grenze in weit höheren Maße als Dänemark es im Süden tue. Finnische Zeitungen hätten klar geschrieben, daß sie sich jedes Gerede von schwedischer Seite über eine Führerstellung Schwedens im Norden verbitten. Denn Finnland habe als einziges nordisches Land bis jetzt die Grenzen Skandinaviens mit Gut und Blut verteidigt.

Die Stimme der finnischen Zeitung "Uusi Suomi" vom 26.7.1942, die sich scharf gegen den besagten Artikel in "Norsk Tidend" ausspricht, wird auch von der schwedischen Presse übernommen. Die finnische Zeitung bemerkt, es würde der Bankrott der nordischen Politik sein, wenn Norwegen die Brücke zwischen den Westmächten und Rußland bilden solle.
"Svenska Dagbladet" vom 28.7.42 befaßt sich mit einem Leitartikel der isländischen Zeitung "Morgunbladit". Dieser Artikel ist eine Verteidigung der schwedischen Haltung zum nordischen militärischen Konflikt. Es sei leicht gesagt, daß Schweden die übrigen nordischen Staaten hätte verteidigen müssen. Man wisse aber nicht, wie es für Schweden ausgegangen wäre. Man brauche sich nur die Okkupation Norwegens und Dänemarks anzusehen, um sich die Folge für Schweden auszumalen. Die Schweden hätten jedoch gezeigt, daß sie dennoch mit den nordischen Brüdern fühlten, und es werde sich schon zeigen, daß Schweden nicht leicht zu unterdrücken sei.

Berichte über die Tätigkeit der in Schweden neu gegründeten norwegischen Organisationen oder der schwedischen Vereine, die geflohene Norweger unterstützen, werden in den letzten Wochen auffallend wenig gebracht.

Das norwegische Fliegerausbildungslager in Canada "Little Norway" findet in "Stockholms Tidningen" und in "Svenska Dagbladet" vom 29.7.42 starke Beachtung. Der Leiter des Lagers, Oberstleutnant Reistad (Träger der olympischen Goldmedaille 1928 im Geländeskilauf), sei äußerst populär.

Der militärische Mitarbeiter in "Socialdemokraten" bemerkt in einem längeren Artikel über "Angelsächsische Seestrategie und die zweite Front", daß die Errichtung einer zweiten Front kaum in Norwegen stattfinden werde.

Zum Tode des norwegischen Diplomaten Wedel-Jarlsberg, der auch in der norwegischen Presse beachtet wurde, führen die schwedischen Zeitungen an, daß Wedel-Jarlsberg ein Freund des norwegischen Königshauses gewesen sei und dem früheren Kronprinzen Olav "Skaugum", wo heute Reichskommissar Terboven residiere, geschenkt habe.